INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 179
23. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT:

Der Freispruch der Meuchelmörder des Genossen Worowski. Von Herzog 1511

Deutschland.
Die Kommunistische Partei Deutschlands verboten! . 1512
Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1512
Die württembergische Ordnungszelle. Von Lämmle 1512

Politik.
Die revolutionäre Welle in Polen. Von Domski . . 1513

Wirtschaft.
Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters. Von Günther 1514

Arbeiterbewegung.
Der Kongreß der CGTU. in Bourges. Von Lada 1515
Das EK. der KI. zu den Massenkämpfen in Polen 1516

Aus der Internationale.
Die Wahrheit über die Norwegische Partei! Von Sinowjew 1517

Aus dem Lager der Gegner.
Bolschewismus und Menschewismus. Von Semkowski 1519

Weißer Schrecken.
Die japanische Bluther rschaft in Korea 1520

Deutschlandhilfe.
Vergeßt die Witwen und Waisen der proletarischen Kämpfer Deutschlands nicht! 1521

Buchbesprechung.
Henri Guilbeaux: „Lenin". Von Brupbacher . . 1521

Der Freispruch der Meuchelmörder des Genossen Worowski.

Von J. Herzog (Zürich).

** Am 10. Mai meldete der Telegraph, daß auf die sowjetrussische Delegation in Lausanne ein Attentat verübt wurde, das mit dem Tode des Genossen **Worowski** und mit der Verwundung der Genossen **Ahrens** und **Diwilkowski** endete. Der Mörder **Conradi**, ein ehemaliger Wrangel-Offizier, stellte sich freiwillig der Polizei und erklärte, die Tat aus Rache wegen der Nationalisierung seines Vermögens und wegen der Verfolgungen seiner Angehörigen in Rußland begangen zu haben.

Die eingeleiteten Untersuchungen ergaben, daß das Attentat mit dem Sekretär des alten zaristischen russischen Roten Kreuzes, Polounine, vorbereitet und von ihm finanziert worden ist. Auch dieser Rotkreuz-Sekretär, ebenfalls ein ehemaliger Wrangel-Offizier, wurde verhaftet. Vor dem Attentat selbst fand die Lausanner Faschisten-Liga es für nötig, in der Oeffentlichkeit und durch eine Delegation bei der sowjetrussischen Delegation die Abreise der russischen Genossen zu verlangen, da andererseits Gewaltmaßnahmen ergriffen werden würden. Die bürgerliche Presse unterstützte diese Hetze mit allen Kräften, so daß in Lausanne selbst, am Orte der Dardanellen-Konferenz, eine wahre Pogromstimmung gegen die Sowjetdelegation erzeugt wurde.

Die gesamte bürgerliche Presse der Schweiz nahm das Attentat nicht mit Mißfallen auf. Sie suchte im Gegenteil — im Verein mit der sozialdemokratischen Presse — das Attentat als etwas Selbstverständliches, als einen privaten Racheakt hinzustellen. Dementsprechend wurde auch die ganze Untersuchung eingestellt. Man versuchte alle politischen Momente zu verwischen, jede internationale Bedeutung und alle internationalen Einschläge auszuschalten und ließ dann, dieser Taktik getreu, die Aburteilung der Mörder durch das Kriminalgericht in Lausanne erfolgen.

Die vom Staatsanwalt des Kantons Waadt ausgearbeitete Anklageschrift war mehr eine Verteidigung des Mörders und seines Komplizen Polounine, als eine Anklage des Mordes. Sie suchte die beiden Wrangel-Offiziere nach Möglichkeit als tapfere Helden herauszustreichen und die Angriffe der kommunistischen Presse auf den Bundesrat und die Hintermänner des Mörders, die Drahtzieher der internationalen Konterrevolution, und die schweizerische Faschisten-Liga zu entkräften.

Aber die Verhandlungen des Prozesses selbst nahmen eine ganz andere Wendung, als die schweizerischen Hirtenknabendiplomaten es gerne gehabt hätten. Die Vertreter der beiden Prozeßparteien, der Mörder, sowie die der Ankläger, die sogenannte Zivilpartei, die Rechtsvertreter der Familie Worowskis, der verwundeten Ahrens und Diwilkowski, rückten mit einer großen Menge Zeugen auf, die die Verhandlungen zu einem Prozeß zwischen zwei Weltanschauungen, dem Kommunismus und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, machten. Und das Urteil der Geschworenen des kapitalistischen Lausanner Gerichts konnte gar nicht anders ausfallen. Es mußte aus dem Prozeß dieses Klassenurteil hervorgehen, weil keine neutrale Instanz das Urteil zu fällen hatte, sondern ein kapitalistisches Gericht von echtem Schrot und Korn. Keine einzige bürgerliche Zeitung der Schweiz trat während der zweiwöchigen Prozeßverhandlungen offen für eine Verurteilung der Mörder ein. Sie arbeiteten alle systematisch auf einen Freispruch hin. Und heute, nach dem Urteil, begrüßt die Mehrheit dieser Zeitungen den Freispruch der Mörder als den Ausdruck der sogenannten öffentlichen Meinung. Im Prozeß selbst wurden die russischen Regierungsvertreter und die Kommunisten im Lande von den Angeklagten als „Hunde" hingestellt, die man ohne weiteres über den Haufen knallen dürfe. **Der Mörder erklärte offen vor Gericht, er hätte bereits wieder einen neuen Mordplan, den er ausführen werde, wenn er freigesprochen werde.** Zeugen erklärten: Wenn Conradi zu ihnen gekommen wäre, sie hätten

Mit dieser Nummer hört die „Inprekorr." bis auf weiteres zu erscheinen auf, weil sie von der Militärdiktatur verboten wurde.

ihm das Geld für einen Revolver zur Ausführung des Mordes auch gegeben. Die Tat eines Conradi sei eine Bravour, die mit der Tat Wilhelm Tells zu vergleichen sei! Alle diese Sprüche und Ausführungen der Mörder, der Zeugen und der Verteidigung wurden von der Gerichtsleitung und vom Staatsanwalt ohne Protest zur Kenntnis genommen. Die infamsten und offensichtlichsten Lügen von der Sozialisierung der Frauen in Rußland, bis zur Aufhebung der russischen Kirche und der gemeinsten Beschmutzung der russischen Volkskommissare, mußten herhalten, um die Geschworenen für einen Freispruch der Mörder zu gewinnen. Die Zivilpartei operierte ruhig und sachlich. Sie stellte den Verteidigungszeugen eine Menge Zeugen aus dem bürgerlichen Lager gegenüber, die die Schrecken des weißen Terrors schilderten und die Lügen der Konterrevolutionäre widerlegten. Die Plädoyers der Anwälte der Zivilpartei, besonders das des Genossen **Dr. Welti**, zerrissen die Lügenwolken der Mörderpartei.

Nun sind die Mörder auf freiem Fuße. Conradi und seine Hintermänner sind zu nationalen Helden gemacht und können nun ohne große Gefahr an die Ausführung weiterer Attentate gehen, die sie bereits angesagt haben. Polounine wird wahrscheinlich als Ausländer aus der Schweiz ausgewiesen. Das sogenannte alte russische Rote Preuz in Genf, das den Mord finanzierte, ist reingewaschen und kann sein „humanitäres" Wirken ruhig fortsetzen. Die Kommunisten der Schweiz sind für vogelfrei erklärt und können nun jedem weißen Strolch als Zielscheibe seiner Mordabsichten dienen. Der weiße Terror ist in der sogenannten freiesten Republik, in der Schweiz, von Staats wegen legalisiert.

Der Freispruch selbst beleuchtet blitzartig die politische Situation in der Schweiz. Die bürgerliche Klasse hat einerseits den Schrecken der scharfen Klassenkampftage von 1917—1919 überstanden. Sie fühlt sich wieder stärker, aber doch nicht sicher. Um Wiederholungen großer revolutionärer Aktionen der schweizerischen Arbeiterschaft unmöglich zu machen, richtet sie den weißen Terror gegen die Avantgarde der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, die sich in der letzten Zeit sehr gefestigt hat und nun daran ist, immer mehr Sympathien bei dem schweizerischen Proletariat zu gewinnen.

Die Morddrohungen und der legalisierte faschistische Terror in der Schweiz werden die Kommunistische Partei von ihrer Tätigkeit nicht zurückhalten. Die Aktionen der Konterrevolution werden mit vermehrter Aktivität der schweizerischen Kommunisten beantwortet werden. Auf den Freispruch von Lausanne antwortet die Partei mit der Organisierung von Massenprotestversammlungen im ganzen Lande. Den bewaffneten Angriff der Weißen wird sie mit der Formierung von Selbstschutz-Organisationen durch die Arbeiterorganisationen zu beantworten wissen. Die Taten der Konterrevolutionäre helfen uns, die schlafenden Arbeiter aufzurütteln. Sie beweisen ihnen viel besser als die schönsten theoretischen Vorträge die Richtigkeit der kommunistischen Grundsätze und Taktik. Die große Mehrheit des schweizerischen Volkes besteht aus unselbständigen Hand- und Kopfarbeitern, und wenn diese Mehrheit einmal von der bürgerlich-sozialdemokratischen Lügenatmosphäre befreit ist, wird das Ende des kapitalistischen Systems auch in der Schweiz angebrochen sein. Durch vermehrte Aktivität werden die schweizerischen Kommunisten diesen Zeitpunkt möglichst in die Nähe zu rücken versuchen.

Der Schweizer Regierung selbst wird der Lausanner Freispruch noch manche außenpolitische Unannehmlichkeiten bereiten. Durch diesen Freispruch ist der Shweiz der Charakter des neutralen Konferenzstaates genommen worden. Die russische Regierung wird nach diesem Gesandtenmord und dem Freispruch der Mörder durch ein schweizerisches Gericht mit Recht auf die Teilnahme an internationalen Konferenzen in der Schweiz verzichten. Und bei der Bedeutung Rußlands in der Weltwirtschaft und Politik, die von Tag zu Tag größer wird, kann die Schweiz in absehbarer Zeit als internationaler Konferenzort total ausgeschaltet werden. Das wird der Hotelportier-Regierung nicht sehr angenehm sein. Aber empfindlichere Wunden wird der russische Wirtschaftsboykott schlagen, der bei der Tendenz aller großen Importländer, sich von der Einfuhr aus fremden Staaten unabhängig zu machen, für unsere auf den Export angewiesene Volkswirtschaft immer fühlbarer wird. Diese Erkenntnis beginnt bereits in den Köpfen einiger weitsichtiger Nationalökonomen zu dämmern. Aber heute lassen sich die bürgerlichen Politikanten der Schweiz von solchen Erwägungen noch nicht beeinflussen. Sie fühlen sich noch sicher und sehr wohl als Entente-Agenten und -Lakaien. Das Erwachen wird für sie eines Tages nur um so schmerzlicher werden. Der Wind, den sie heute noch säen, wird zum Sturme werden und sie selbst verschlingen.

Deutschland

Die Kommunistische Partei Deutschlands verboten!

** Wie uns erst nach Redaktions-Schluß bekannt wird, hat General von Seeckt heute, am 23. November 1923, die Kommunistische Partei Deutschlands für das gesamte Reichsgebiet verboten. Nach der „B. Z. am Mittag" soll die Begründung des Verbots eine „Darlegung einer Reihe einzelner Verstöße" enthalten, die seitens der Kommunistischen Partei in der letzten Zeit begangen worden sein sollen.

Noch im Laufe des heutigen Vormittags wurden alle Räume, die der Kommunistischen Partei zur Unterbringung ihrer Verwaltungsstellen, Presse usw. dienten, polizeilich geschlossen und versiegelt. Das gesamte Vermögen und übrige Eigentum der Kommunistischen Partei wurde als beschlagnahmt und dem Staate verfallen erklärt.

Die württembergische Ordnungszelle.

Von Otto Lämmle (Stuttgart).

** In Süddeutschland beginnt sich die „Vendee" der deutschen proletarischen Revolution immer offener und deutlicher herauszukristallisieren. Neben dem **Bayern** der **Kahr** und **Hitler** steuert die württembergische Regierung **Hieber—Bolz** in schärfster Form offenen faschistischen Kurs. **Württemberg** kann sich als faschistische „Ordnungs"zelle ebenbürtig an die Seite Bayerns stellen. Der Unterschied zwischen bayerischen und württembergischen Regierungsmethoden ist nur der, daß sich in **Bayern** der „Kampf gegen den Marxismus" in etwas geräuschvollen Formen vollzieht, während in **Württemberg** die Positionen der Arbeiterschaft zwar in aller Stille, dafür aber desto gründlicher unterwühlt werden. In **Bayern** bekennt man sich offen als entschiedensten Gegner der Novemberrepublik und ihrer Verfassung — in Württemberg hängt man sich nach echt jesuitischer Manier ein republikanisch-demokratisches Mäntelchen um und schwört tausend Meineide auf die Verfassung und auf die Einheit der deutschen Republik.

In **Württemberg** wurde dem faschistischen Regime ein Schein republikanisch-demokratischen Gepräges besonders auch dadurch verliehen, daß die Sozialdemokratie mit in der Regierung war. Der sozialdemokratische Arbeits- und Ernährungsminister **Keil** deckte mit seinem Namen alle arbeiterfeindlichen Regierungsmaßnahmen und wurde so praktisch zum Steigbügelhalter der faschistischen Reaktion, bis ihn diese mit einem Fußtritt aus dem Ministersessel warf. Die jesuitischen Regierungsfaschisten fühlten sich bereits stark genug, die Knebelung der württembergischen Arbeiterschaft auch ohne die Deckung durch die Sozialdemokratie zu betreiben. Ehe Keil in hohem Bogen aus der Regierung geworfen wurde, durfte er noch eine **Verordnung gegen die Bildung von Hundertschaften** mit unterschreiben, die dann in aller Schärfe und ganz einseitig gegen die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter angewandt wurde.

Mit der Verschärfung der Krise im Reich trat in den letzten Monaten in **Württemberg** ein außerordentlich verschärfter Rechtskurs in Erscheinung. Mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung basierte diese nur noch — auf dem **Zentrum** und den **Demokraten.**

Dadurch war sie zu einer Minderheitsregierung geworden. Sie konnte für ihre Maßnahmen nur eine Mehrheit erlangen, wenn sie entweder die Rechte oder die Linke für diese gewann. Diesen Zustand verstanden die **Deutschnationalen** und der **Bauernbund** für ihre Politik auszunutzen, sie drängten die Regierung immer mehr nach rechts, während die Sozialdemokraten aus lauter „staatspolitischer Klugheit" **eine** Position der Arbeiter nach der anderen im ewigen Kuhhandel verloren.

In der württembergischen Regierung ist das **Zentrum** ausschlaggebend. Die „Demokraten" dienen nur als Aus-

hängeschild. Beide Parteien sind stark partikularistisch eingestellt. Im Konflikt zwischen Bayern und dem Reich macht die württembergische Regierung den „Vermittler". Einen geeigneteren Mann als den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Hieber, diesen „Erzdemokraten", könnte man allerdings für diese Komödie nicht finden. Die Deutschnationalen verlangen von der Regierung jedoch, sie solle sich eindeutig an die Seite des rebellierenden Bayern stellen. Tatsächlich haben auch zwischen der bayerischen und württembergischen Regierung bereits Verhandlungen stattgefunden, und man ist sich über eine gemeinsame politische Linie, über ein gemeinsames Handeln einig geworden. Mit der Ernennung Seeckts zum militärischen Diktator, mit der bevorstehenden „nationalen Diktatur" über das Reich, verschwindet auch der Gegensatz zwischen Bayern und dem Reich, und das „gemeinsame Handeln" der süddeutschen Reaktion richtet sich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Mit Macht drängen jetzt die Deutschnationalen in die württembergische Regierung und drohen mit der Landtagsauflösung und mit Neuwahlen, wenn man sie nicht als „Retter des Vaterlandes in der Not" zu Hilfe rufe. Die demokratischen und zentrumlichen Regierungsfaschisten haben bereits öffentlich erklärt, daß ihnen die Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung genehm sei. Die „Verbreiterung der Regierungsbasis" steht also nahe vor der Verwirklichung, und die offene „nationale Diktatur" in Württemberg ist dann zur Tatsache geworden.

Der faschistisch-sozialdemokratische Staatsstreich gegen das proletarische Sachsen löste auch in Württemberg seine Wirkungen aus. Die berüchtigten württembergischen Arbeitermörder sollten zur Niederschlagung der sächsichen Arbeiterschaft nach Mitteldeutschland abtransportiert werden. Der württembergischen Arbeiterschaft bemächtigte sich eine helle Empörung. Da ging die Faschistenregierung Hieber—Bolz in Gemeinschaft mit dem General Reinhardt dazu über, etwa **100 Kommunisten** in „Schutzhaft" zu nehmen, angeblich um die Truppentransporte nach Sachsen zu sichern. Die Knebelung der kommunistischen Presse wurde verschärft, Beschlagnahme folgte auf Beschlagnahme, ein Verbot jagte das andere. Gleichzeitig setzte eine wilde Hetzjagd gegen die „kommunistischen Hundertschaften" ein, die Verhaftungen wurden willkürlich und wahllos fortgesetzt, so daß heute etwa 200 Kommunisten in den Gefängnissen der Hieber—Bolz, in den Gefängnissen der württembergischen „Demokratie" schmachten.

Aber damit noch nicht genug. Der faschistische Charakter der württembergischen Regierung wird erst mit aller Deutlichkeit gekennzeichnet durch die nun **planmäßig einsetzenden „Polizeiaktionen" gegen die revolutionäre Arbeiterschaft im ganzen Land.** Diese oder jene Stadt oder Ortschaft wird unvermutet mit dem Besuch einiger Hundertschaften Schutzpolizei oder Reichswehr in Begleitung von Kriminalbeamten beehrt, und dann beginnt der „Straßenkampf" mit **Panzerautos, Maschinengewehren und Gummiknüppeln gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder.** In **Bissingen** a. E. bestand ein solches Ueberfallkommando aus Faschisten in Reichswehruniform, die sich für früher von den Arbeitern erhaltene Prügel rächen wollten. Diese Banditen hausten wie die Vandalen und terrorisierten die Einwohner ohne Unterschied. In **Schwenningen** machte die faschistische Reichswehr mit Panzerautos und Maschinengewehren Jagd auf die Arbeiter, tötete einen und verwundete etwa ein Dutzend schwer. Unter den Verwundeten befinden sich Frauen und Kinder. Weitere solcher Reichswehrüberfälle wurden auf **Schramberg, Wendlingen** und zahlreiche andere Orte Württembergs ausgeführt und sollen noch weiterhin folgen. Das ist der Beginn des offenen faschistischen Bürgerkrieges gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Die „demokratische" Regierung begünstigt und unterstützt die Faschisten mit allen Mitteln. Die faschistischen Hundertschaften werden aus den Beständen der Reichswehr und der Schutzpolizei ausgerüstet und bewaffnet. Die jungen Faschisten werden in den „republikanischen" Reichswehr- und Polizeiformationen militärisch ausgebildet. Durch die Regierung begünstigt, bilden sich im ganzen Lande bürgerliche Selbstschutzverbände. Diese wie die bündlerischen Jungbauern-Hundertschaften erhalten die Waffen von der Regierung. Im ganzen Lande wird planmäßig eine weiße Armee gegen die Arbeiterschaft organisiert.

Einige Tage vor dem Münchener **Hitlerputsch** schon wurden die Faschisten zum „Schutz der Republik" (!) und um das Uebergreifen des Putsches nach Württemberg zu „verhindern" als „Hilfspolizei" eingestellt. Den Republikanern aber wurde in einer Verordnung gesagt, daß ihr Eingreifen zum Schutz der Republik unerwünscht sei und daß ein Zuwiderhandeln als Landesverrat bestraft werde. Der Zusammenbruch des Putsches hat die württembergische Regierung noch einmal davor bewahrt, sich offen auf die Seite der bayerischen Putschisten stellen zu müssen. So kann sie unter dem demokratisch-republikanischen Mäntelchen ihre faschistischen Rüstungen weiter betreiben.

Die Sozialdemokratie verharrt gegenüber dieser faschistischen Regierung nach wie vor in „loyaler Opposition". Ihre Landtagsfraktion hat erst dieser Tage Forderungen an die Regierung gestellt, die die Illusionen dieser „staatsmännischen Klugscheißer" — wie Paul Levi diese Sorte mit Recht nennt — grell beleuchten. Nur die Kommunisten führen einen ernsthaften Kampf gegen den legalisierten württembergischen Faschismus. Ihnen wendet sich deshalb auch die Sympathie der breitesten Schichten der Bevölkerung zu. Eine Massenflucht aus den Reihen der Sozialdemokratie hat seit Wochen eingesetzt — die Kommunistische Partei und ihre Presse wächst unaufhörlich. Die proletarische Einheitsfront auf dem Boden des Kommunismus bildet sich und entwickelt die Kräfte, die den Faschismus in Trümmer schlagen werden.

Politik

Die revolutionäre Welle in Polen.

Von L. Domski (Warschau).

** Ja, es war eine revolutionäre Welle. Es war eine Massenbewegung von in Polen noch nie dagewesenen Dimensionen. Sie riß die Massen mit sich, deren Zahl schon allein für sich ausreichte, um der Lohnbewegung eine politische Tragweite zu verschaffen. Sie war auch in engerem Sinne gegen die Regierung gerichtet, indem sie die Massen der Eisenbahner und der Postbeamten umfaßte, die in dem Staat den eigentlichen „Arbeitgeber" haben. Sie war politisch, weil auch die Regierung ihr diesen Charakter gab durch die Repressalien, durch die Verhängung des Ausnahmezustandes, durch die blutigen Massakers. Und schließlich war diese Bewegung politisch und revolutionär, weil sie den wirtschaftlichen Bankrott der in Polen herrschenden Klasse offenbarte, weil sie zeigte, daß die in Polen an die Macht gelangte bürgerliche Reaktion, die sich mit großen Prahlereien anschickte, die durch die bisherige „marxistische" Wirtschaft der polnischen Stresemänner zerrüttete Wirtschaft zu sanieren, schon nach 5 Monaten ihrer Herrschaft so ziemlich am Ende ihres Lateins angelangt war.

Am 26. Mai, zur Zeit des Rücktritts Sikorskis, kostete der Dollar in Warschau 52 500 Polenmark, ein Laib Brot 2900 P.-Mark. Am 10. November kostet ein Dollar 1 808 000 P.-Mark, ein Laib Brot 49 000 P.-Mark. Die wirtschaftliche Zerrüttung Polens, die vom Pilsudski-Regime mit seiner Kriegspolitik gegen Rußland eingeleitet wurde, ging also unter dem Regime der Rechtsregierung unaufhaltsam weiter. Sie schritt sogar in beschleunigtem Tempo vorwärts, weil unter der Rechtsdiktatur die Steuerflucht der besitzenden Klassen, die Ausplünderung der Arbeiter und des Mittelstandes, die Spekulation und der Wucher sich noch viel ungehinderter entfalten konnten. Wie in Deutschland, bringt auch hier jeder Tag neue Preiserhöhungen, wobei die Regierungsstellen die Preistreiberei des Privathandels zwar moralisch verurteilen, selbst aber bei der Bemessung ihrer Leistungen mit dem schlimmsten Beispiel vorangehen. Die Razzias gegen die jüdischen Spekulanten, die man von Zeit zu Zeit unternimmt, sind natürlich kein wirksames Mittel zur Valutastabilisierung. Ein anderes Mittel, von dem man sehr ergiebig Gebrauch macht — die Lebensmittelausfuhr — hebt weniger die Valuta als die Preise auf dem inneren Markt. Die Wohnungsnot, die viel schlimmer ist als in Deutschland, wurde durch die angewandten Mittel — die Beschränkung des Mieterschutzes — nicht behoben, sondern verschärft. Und schließlich kommt der Personalabbau zum Zwecke der „Sanierung der Finanzen", der eine ungeheure Empörung unter den zahlreichen Staatsbeamten, Lehrern, Eisenbahnern usw. hervorruft.

Die Streikwelle begann in Oberschlesien, wo der Streik der Bergarbeiter den riesigen Generalstreik aller Betriebe, der Eisenbahner, der Postbeamten usw. nach sich zog. Dann flammte die Streikwelle in Galizien und in Kongreß-Polen auf. Die Bergarbeiter, Eisenbahner, Postbeamten, Textilarbeiter, Metallarbeiter — es blieb kaum ein Industriezweig übrig, der von der Streikwelle verschont wurde. Es ging wie ein Sturm durch das ganze polnische Land. Und schließlich gesellten

sich auch die Munizipalarbeiter Warschaus der allgemeinen Bewegung bei, und die Hauptstadt blieb ohne Straßenbahn, ohne Gas, ohne Licht, ohne Wasser.

Die Regierung wütete. Die Riesenstreikwelle war nicht der letzte Grund dazu, daß die Regierung nach rechts ging und die starken Männer der Nationaldemokratie, der blutige **Korfanty** und der Arbeitermörder **Dmowski,** in das Kabinett eintraten. Der listige Korfanty begann mit den „Arbeiterführern" aus der Polnischen „Sozialistischen" Partei Verhandlungen wegen der Beilegung des Eisenbahnerstreiks, und als sie schon ein bißchen mürbe wurden, überraschte er sie mit der Verhängung der Standgerichte und des Belagerungszustandes im Zentrum der Eisenbahnerbewegung, in Krakau.

Die PPS. flammte auf, als sie sah, daß sie genarrt wurde, und proklamierte zum 5. November einen Proteststreik. Die Bewegung ging aber weiter, als es die alten sozialpatriotischen Füchse beabsichtigt hatten. Die Kommunistische Partei schloß sich der Streikbewegung natürlich an, und schon am 3. November hatte die Polizei viel Arbeit mit dem Abreißen der angeklebten Streikaufrufe der Kommunisten. Die Arbeiter selbst zeigten sich in der Aktion nicht als Reformisten. Es ist interessant, daß gerade in Galizien, wo die PPS. noch ihren festesten Sitz hat, der Streik die stürmischsten und blutigsten Formen angenommen hat. Wir sehen blutige Zusammenstöße mit Polizei und Militär nur in Galizien — in Tarnow, Borysław, Lemberg —, und schließlich kam der Höhepunkt: **Krakau.**

In Krakau umstellte die Polizei und das Militär das Volkshaus, und als die Arbeiter zur Streikversammlung hinein wollten, versuchte die Polizei durch Schüsse ein Blutbad zu provozieren. Die Wirkung war verblüffend und für die Provokateure wie für die „Arbeiterführer" selbst unerwartet: Die Arbeiter stürzten ganz spontan und blitzschnell auf das Militär und entwaffneten es fast ebenso wie die Polizei. Die wenigen, die sich zur Wehr setzen konnten, wurden niedergeschlagen. Die Attacke der herbeigerufenen Kavallerie wurde mit einem regelrechten Feuer empfangen. Mit fünfzehn Toten und mehr als hundert Verwundeten büßte das Militär seinen Angriff auf die Arbeiter. Freilich hatten auch die proletarischen Kämpfer bedeutende Verluste. Die Arbeiter behielten jedoch die Oberhand und vertrieben die Angreifer. Die bewaffnete Arbeitermiliz besetzte einen ganzen Stadtteil. Das Militär mußte zurückgezogen werden.

Was weiter kam, kann man leicht erraten. Die PPS.-Führer griffen beruhigend ein. Die Kommunisten, die zur Verbreiterung des Kampfes aufriefen, wurden niedergeschrien und konnten sich in Krakau, wo die kommunistische Organisation noch jung ist, nicht durchsetzen. Die PPS.-Führer bemächtigten sich der Führung der Arbeiterwehr, machten Frieden mit der Regierung und überredeten die Arbeiter zur Abgabe der Waffen. Der an Stelle des Krakauer Kommandanten Czikiel ernannte General **Zeligowski,** der bekannte Führer des Ueberfalles auf Wilna, wurde von den PPS.-Agitatoren mit den Rufen: „Hoch Zeligowski! Hoch Pilsudski!" empfangen.

Die PPS. war über die revolutionären Ereignisse so erschreckt, daß sie schnell mit dem Premierminister **Witos** und mit **Korfanty** die Streikliquidierung vereinbarte, ohne auch nur die geringsten Lohnzugeständnisse für die Eisenbahner zu erreichen. Die Regierung sagte einfach zu, daß sie nach Beendigung des Streiks (was eine reine Selbstverständlichkeit war) die Militarisierung der Eisenbahner, den Belagerungszustand und die Standgerichte in Krakau abschaffen würde, daß sie die Forderungen der Eisenbahner „wohlwollend prüfen" und bei der Wiedereinstellung der Streikenden sich nur von „sachlichen Gründen" leiten lassen würde.

Am Tage nach diesen Zusagen wurden die Krakauer Eisenbahner, die sich zum Dienst gemeldet hatten, einfach militärisch hineingezogen, und Herr Witos ergänzte seine Zusagen öffentlich dahin, daß die Beteiligung am Streik zu den „sachlichen Gründen" gehört, die unter Umständen eine Wiedereinstellung verhindern können.

So wurde die großartige Streikbewegung gebrochen. Aber sie wird aufleben, auf einem höheren Niveau des Massenbewußtseins. Die Arbeiter haben sich gerade in der galizischen Hochburg der sozialpatriotischen Bewegung davon überzeugt, daß ihre Führer — Verführer und Verräter sind. In Krakau herrscht eine Empörung gegen die PPS., die es erst jetzt ermöglicht, die kommunistische Bewegung auch dort zu einer Massenbewegung zu machen.

Die revolutionäre Bewegung, die einen Monat lang wie ein Sturm über Polen hinwegfegte, konnte die kapitalistische Herrschaft noch nicht stürzen. Dazu ist der Zerfall der Bourgeoisie noch nicht weit genug vorgeschritten, die Arbeiterbewegung noch zu wenig zusammengeschweißt und revolutionär klassenbewußt. Aber die Oktober- und Novemberereignisse haben das Antlitz der Witos-Regierung enthüllt, haben sie zu einer Regierung der nackten Kapitalsdiktatur gemacht und den Prozeß der Klärung in den Arbeitermassen um einen großen Schritt vorwärts getrieben. Die Folgen dieser Erfahrungen werden sich bald offenbaren, und das Gebäude der Kapitalsherrschaft in Polen wird noch ganz anders krachen, als in den letzten Wochen der Riesenstreiks.

Wirtschaft

Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters.

Von Hans Günther.

** Die grauenvollste Verwüstung, die das deutsche Kapital in seiner maßlosen Raffgier in den letzten Monaten auf sein Gewissen geladen hat, ist die planmäßige Zerstörung der körperlichen Kräfte des Proletariats. Alle die Schäden des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit, die in den Zeiten der durch die Geldentwertung herbeigeführten Scheinkonjunktur teilweise ausgeglichen wurden, sind in den letzten Wochen vervielfacht worden.

Die durch die Inflation herbeigeführte günstige Exportmöglichkeit für die deutsche Industrie war in ihrem Wesen nichts anderes als eine Verringerung der Produktionskosten auf Rechnung des physischen Kapitals, war ein Raubbau an den körperlichen Kräften der arbeitenden Massen durch immer steigenden Lohndruck.

Die Exportgewinne der deutschen Industrie sind dahin. Die deutsche Wirtschaft hat infolge der maßlosen Profitgier aller Kreise des Unternehmertums heute ein Preisniveau erreicht, das eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr zuläßt. Aber trotzdem die Preise der meisten deutschen Produkte das Weltmarktniveau erreicht oder überschritten haben, sind die Löhne noch viel tiefer gesunken. Wenn heute von der Einführung der Goldwährung die Rede ist, so bedeutet dies gar nichts anderes, als daß von der planmäßigen und immer weiter gesteigerten Ausbeutung aller arbeitenden Schichten Deutschlands mit einem Male der Schleier weggerissen werden soll.

Die Verhandlungen über die Einführung der Goldlöhne haben in der letzten Zeit ganz allgemein das Bild gezeigt, daß die Unternehmer die Friedenslöhne von der Friedensleistung abhängig machen wollten. Die stereotype Forderung nach der Beseitigung des Achtstundentages und die Erhöhung der Leistung nach Einführung der Akkordarbeit, wo sie nicht mehr besteht, werden zu Voraussetzungen der vielberühmten Friedenslöhne gemacht.

Nun ist zunächst festzustellen, daß die Weltmarktpreise im allgemeinen um 50 % höher stehen als die vor dem Kriege, daß also alle Löhne, in Goldwährung berechnet, um 50 % höher sein müßten als die Friedenslöhne. Zum Beispiel müßten die Buchdrucker, die einen Friedenslohn von 35 Goldmark bezogen, also 52,5 Goldmark wöchentlich erhalten. Dies wäre etwas mehr als das Doppelte von dem, was der den Berliner Buchdruckern mit Militärgewalt aufgezwungene Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums auf 25 Goldmark zugesteht. Dieser Lohn bleibt aber auch noch **unter** der Hälfte des Friedenslohnes, und zwar aus dem Grunde, weil die Auszahlung in Papiermark erfolgt, bei einer Berechnung auf Grund des Berliner Dollarzwangskurses.

Wenn heute trotz der scheinbaren Einführung der neuen Währung und trotz der fast allgemein sichtbaren Goldrechnung die Preise ins Ungemessene weitersteigen und die Löhne ebenfalls in ihrem Sinken nicht aufgehalten werden, so trägt dafür nicht zuletzt die kapitalistische Sabotagepolitik der Reichsbankdirektion die Verantwortung, die durch den Dollarzwangskurs planmäßig die Goldeinkommen auf der einen Seite drückte, während sie auf der anderen Seite den Kapitalisten, die so glücklich waren, an der Zuteilung der billigen Devisen Anteil zu haben, ungeheure Profite zuschanzte. Wenn man berücksichtigt, daß in den vorigen Wochen der amtliche Dollarkurs in Berlin im allgemeinen die Hälfte des Londoner und New Yorker Kurses nicht erreichte, so kann man ersehen, daß der Realwert der Buchdruckerlöhne dem Betrage von 12,5 Goldmark oder 3 Dollar entsprach gegenüber einem Friedenseinkommen von fast 13 Dollars. Dabei ist noch nicht der Umstand berücksichtigt, daß die Auszahlungen fast ausnahmslos in Papiermark vorgenommen wurden, die ja auch bei der Zwangskursfestsetzung einer dauernden Entwertung unterliegt.

Also das Goldeinkommen des Buchdruckers betrug bei günstigster Berechnung ein Viertel seines Friedensgoldeinkommens, wenn man ausschließlich das valutarische Verhältnis berücksichtigt. Wir werden weiter unten die wirkliche Kaufkraft dieser „Goldmark" feststellen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Wert des deutschen Dollars und damit auch der Rentenmark, bereits jetzt, wo es eine ausländische Notierung noch nicht gibt, im ständigen Sinken begriffen ist. So behauptete das doch sonst sehr regierungstreue „Acht-Uhr-Abendblatt" am 20. November, daß in Zürich eine Rentenmark bereits zu 25 Centimes zu haben sei, also bereits eine Entwertung auf beinahe ein Fünftel des Einführungskurses eingetreten ist.

Wie bei dem Buchdruckereinkommen, das heute infolge der besonderen Verhältnisse des Buchdruckergewerbes wenigstens für den Vollarbeiter einen Spitzenlohn bedeutet, liegen die Verhältnisse bei allen anderen neuvereinbarten Goldlöhnen. Das Unternehmertum weigert sich mit aller Macht, den nominellen Friedensgoldlohn auszuzahlen und stößt dabei auf einen viel zu geringen Widerstand der arbeitsgemeinschaftlich eingestellten Gewerkschaftsbürokratie. Der „Vorwärts" muß allerdings jetzt schon zugeben, daß die Rentenmark und der damit verschwindende Milliardentaumel noch lange nicht die Rettung des deutschen Proletariats bedeutet. Sogar die eingeschworensten Sozialdemokraten müssen zugeben, daß die von ihnen gestützte kapitalistische Sanierungspolitik zunächst zu gar nichts anderem geführt hat, als dazu, daß einzelne Gruppen des Unternehmertums durch das in ihre Hände gespielte Notenmonopol die finanzpolitische Voraussetzung zu einer faschistischen Diktatur geschaffen haben. Der „Segen der Goldlöhne" ist bis heute ausgeblieben. Am 18. November, drei Tage nach Einführung der neuen Währung, mußte der „Vorwärts" in folgenden jammernden Tönen schreiben:

„Vorläufig dauert auch bei den meisten Waren die Preisanarchie an, die Lebenshaltungskosten steigen stärker als der Dollar, während die Löhne hinter den Kosten des notwendigsten Bedarfes noch immer weit zurückbleiben. Daran hat selbst die Einführung der Goldlöhne, wo sie schon erfolgt ist, nichts Wesentliches ändern können."

N. Lenin: Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus.

„Auf die Politik und die Parteien ist — mit entsprechenden Aenderungen — das anwendbar, was sich auf einzelne Personen bezieht. Klug ist nicht derjenige, der keine Fehler macht, solche Menschen gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist derjenige, der nicht besonders wesentliche Fehler macht und der sie schnell und leicht zu korrigieren versteht."

Die Einführung der neuen Währung hat also bis jetzt für die Arbeiter keinen Erfolg gebracht. Trotzdem ist der „Vorwärts" für die Goldlöhne und will nur eine wirkliche Goldwährung haben, da ihm die jetzige noch nicht sicher genug ist. Das ist sehr bezeichnend. Als die KPD. Friedensreallöhne forderte, verlangten die Gewerkschaften Goldlöhne. Heute müssen sie den Bankrott dieser Politik zugeben und verlangen von neuem — eine andere Währung.

Die Wertunbeständigkeit des völlig ungedeckten neuen Geldes und dadurch seine Unbrauchbarkeit für die Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiter zeigt sich vor allem darin, daß die Preise, in Gold gerechnet, ununterbrochen steigen, nicht nur im Großhandel, sondern in noch verstärktem Maße im Kleinhandel. Wer noch nicht jede Erinnerung an die Friedenspreise verloren hat, wird Goldpreise, wie sie jetzt überall bekanntgemacht werden, als eine Ironie auf die Friedenspreise erkennen müssen. Um nur die Kosten der Lebenshaltung unmittelbar zu berücksichtigen: Ein Ei (Friedenspreis 8 Pfennig) kostet heute 55 Goldpfennige. Ein Pfund Fleisch kostet 1 Dollar, was mehr als das Dreifache des amerikanischen Preises ist. Die Getreidepreise sind in ständigem Ansteigen begriffen. Diese Beispiele ließen sich noch beliebig vermehren, aber sie zeigen alle, daß die Goldmarkpreise längst die in Berlin künstlich festgehaltene Dollarparität überschritten haben. Die Indexziffern der Lebenshaltung zeigen noch viel deutlicher, wie wenig sich der deutsche Arbeiter durch den Goldlohn dem Friedensreallohn auch nur in geringstem Maße genähert hat. Am 15. November, also gerade zur Zeit des Buchdruckerkampfes, betrug der amtliche Goldmarkkurs in Berlin 600 Milliarden. Die Indexziffer der Lebenshaltung nach Veröffentlichung der „Roten Fahne" betrug am 14. November bei einem amtlichen Goldmarkkurs von 300 Milliarden 796 Milliarden. Wenn wir die Kurse und den Index vom 14. November zugrunde legen, so ergibt sich, daß die Kaufkraft einer Friedensmark etwa 2½ Berliner „Goldmark" entsprach. Dies bildet eine viel genauere Korektur als unsere obige Berechnung über den Londoner Markkurs.

Hieraus ergibt sich, daß der Realwert des Buchdruckerlohnes von 25 Goldmark am 14. November **nicht einmal 10 Goldmark betrug!** Mit einem Lohne von nicht einmal 2½ Dollar mußten sich deutsche Arbeiter zufriedengeben, denen dabei die Unternehmer noch einreden wollten, daß sie am Rande des Möglichen stehen.

Und da muß man fragen, wie die Arbeiter noch imstande sind, in die Betriebe gehen und ihre Familien erhalten zu können, wenn die Goldlöhne, auf die sie ihre ganze Hoffnung gesetzt hatten, für gewisse Arbeiterkategorien eine Senkung des Reallohnes auf ein Zehntel des Friedenslohnes bedeuten!

Die Bilanz der ersten Verhandlungen über die wertbeständigen Löhne ist die nackteste, brutalste Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft. Die Niederwerfung der Buchdrucker mit militärischen Methoden war ein Anfang. Die Arbeiterschaft ist gewarnt.

Arbeiterbewegung

Zum Kongress der CGTU. in Bourges.

Von W. Lada.

** Der Kongreß von **Bourges** wurde einberufen auf die Forderungen jener Unentwegten, die die angebliche „Unterordnung" der revolutionären Gewerkschaften unter die Kommunistische Partei nicht ruhen ließ. Ein außerordentlicher Kongreß sollte darüber entscheiden, ob es zulässig sei, daß die Kommunistische Partei Gewerkschaftskommissionen bildet, die nach der Auffassung der Hüter „absoluter Autonomie" der Gewerkschaftsbewegung diese Autonomie bedrohen.

Die Frage mag an und für sich einem nichtfranzösischen Arbeiter ganz paradox scheinen. Wie eifersüchtig auch die Gewerkschaften ihre Autonomie hüten mögen — es ermächtigt sie keineswegs dazu, einer **außenstehenden** Organisation zu verbieten, ihren Mitgliedern — wenn sie auch gleichzeitig gewerkschaftlich organisiert sind— diese oder jene Fingerzeige, ja sogar Anordnungen zum Handeln zu geben! Das ist ja offensichtlich nur die Sache jener Parteiorganisation und ihrer Mitglieder, die gleichzeitig gewerkschaftlch organisiert sind. Sind diese aber der Meinung, daß die Partei oder die Gewerkschaft sie in einen unlösbaren Gewissenskonflikt bringt, so ist es ihre Sache, zwischen der Disziplin zu wählen, die sie der einen und der anderen Organisation schuldig sind.

In Wirklichkeit sind die Bestrebungen jener Minderheit, die innerhalb der CGTU. seit Jahr und Tag gegen die „Unterordnung" der Gewerkschaften unter die Kommunistische Partei kämpft, bei weitem nicht so unverständlich, wie sie auf den ersten Blick scheinen mögen. Es handelt sich für diese Minderheit **lediglich darum,** die Eroberung der Geister für die kommunistische Idee innerhalb der Gewerkschaften hintanzuhalten, weil dies den **Parteiinteressen der Minderheit** — den Interessen der anarchistischen, anarcho-syndikalistischen oder sozial-kommunistischen Partei — Einbuße tut.

Das war das Wesen jener fünftägigen Kämpfe, die auf dem Kongreß in Bourges mit dem unseren französischen Klassengenossen eigenen Temperament ausgefochten wurden. Es ist verständlich, daß in diesen Kämpfen auch die Frage der Beziehungen der CGTU. zu der RGI. von großer Bedeutung war. Drei Plattformen standen einander gegenüber. Die erste brachte den **Standpunkt der Mehrheit der Leitung der CGTU.** zum Ausdruck, den Standpunkt von Montmousseau und Sémard. Sie behauptete die Freiheit aller Strömungen, sich innerhalb der Gewerkschaften zusammenzufassen, um ihrer Auffassung über die beste gewerkschaftspolitische Linie zum Siege zu verhelfen; sie bestätigte den in St. Etienne gefaßten Beschluß über die Notwendigkeit des Anschlusses an die RGI., dem einzigen lebendigen Zentrum aller revolutionären gewerkschaftlichen Kräfte.

Die **Resolution des Bauarbeiter-Verbandes** war durchdrungen von einem unverhüllten anarcho-syndikalistischen Geiste. Gegen die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Kommunistische Partei (aber keineswegs unter die anarchistische), für die „absolute" Autonomie der Gewerkschaften, gegen die RGI.!

Zwischen diesen beiden ziemlich klaren Linien bewegte sich noch eine dritte, vertreten durch eine **Minderheit der Leitung der CGTU.** — Marie Guillet, Lartigue — durch die „revolutionären syndikalistischen Gruppen", die ihre anarcho-syndikalistischen Sympathien **ins** Mäntelchen ihrer Abneigung gegen die Kommunistische Partei hüllten, und die sich mit den Lippen zur RGI. bekennen, um nach dem Vorbild der viel aufrichtigeren Leute aus dem Bauarbeiter-Verband nach der Seite der Berliner Internationale zu schielen.

Merkwürdigerweise hatte der Kampf dieser drei, richtiger gesagt, zwei Strömungen noch ein anderes Objekt auf dem Kongreß von Bourges, und zwar die **deutsche Revolution.** Die oppositionelle Minderheit warf der Mehrheit vor, daß diese mit der deutschen Revolution einen „Bluff" getrieben hätte. Eine ganz merkwürdige Sünde: das Tempo der revolutionären Entwicklung überschätzt zu haben! Ein merkwürdiges Verbrechen, das Proletariat, das nach einem merkwürdigen Bekenntnis des bekannten reformistischen Gewerkschaftsführers a. D., Herrn G. Dumoulin, mit dem Bewußtsein eingeschläfert wird, daß es in anderen Ländern noch ausgebeutetere Klassen gibt, zu dem verzweifelten Existenzkampf einer dieser Klassen alarmiert zu haben!

Der Kampf mußte ausgefochten werden. Nur in schwersten ideologischen und organisatorischen Kämpfen werden Unzulänglichkeiten abgestreift und überwunden, die ein Erbe einer **geschichtlichen Entwicklung** sind. Der französische Anarcho-Syndikalismus erlebt seit 10 Jahren ganz merkwürdige Wandlungen. Sein rechter Flügel ist bei einem Reformismus gelandet, der würdig ist, mit dem der deutschen „marxistischen" und antimarxistischen Gewerkschaftsbürokratie in eine Reihe gestellt zu werden. Der linke Flügel, der die radikale anarcho-syndikalistische Phrase nicht aufgeben will, aber gleichzeitig nicht gewillt ist, eine ernste, mühevolle, positive Arbeit der Revolutionierung des Proletariats aufzunehmen, erfüllt seine „geschichtliche Aufgabe", indem er sich dem Wachstum der revolutionären Arbeiterbewegung in den Weg stellt.

Der Kongreß von Bourges hat gezeigt, daß die französische Gewerkschaftsbewegung auf dem besten Wege ist, diese „linke" Kinderkrankheit zu überwinden. Mit 978 Stimmen hat der Kongreß sich für die Resolution Montmousseau-Sémard ausgesprochen, mit 222 ist die Resolution des Bauarbeiter-Verbandes, mit 147 die der „revolutionären Syndikalisten" unter den Tisch gefallen. Bei der Abstimmung über die Resolution zur Frage der deutschen revolutionären Kämpfe ist das Kräfteverhältnis ungefähr dasselbe geblieben; nur zeigte die Verteilung der Stimmen klarer, daß die Zentristen gar unsichere Kantonisten der Kommunisten, aber um so sicherere Bundesgenossen der Anarcho-Syndikalisten sind. Die Mehrheit erhielt 971 Stimmen, während auf den Antrag der Minderheit, die in einem Atemzug von ihrer Solidarität mit dem deutschen Volk und vom „Bluff" der Mehrheit (aus Anlaß der deutschen Ereignisse) zu sprechen beliebte, 356 Stimmen entfielen.

Trotz aller Hoffnungen der Frossard und anderer Vertreter der französischen Arbeiterbewegung geht die kommunistische Gewerkschaftsbewegung aus dem Kongreß von Bourges nicht isoliert von der Masse der Gewerkschaftsmitgliederschaft hervor, sondern umgekehrt, viel **fester mit ihr verbunden.** Dies zeigt der Vergleich der Abstimmungsergebnisse in St. Etienne und Bourges, wie ebenso die guten organisatorischen Fortschritte der CGTU. seit St. Etienne, besonders, wenn man dies im Lichte des Verfalls der reformistischen CGT. betrachtet. Es bleibt unseren französischen Genossen noch ein gutes Stück Weg, bis sie ihre Gewerkschaftsorganisation zu einer wirklich führenden Massenorganisation des gesamten Proletariats Frankreichs ausgebaut haben werden. **Aber es geht auf diesem Wege vorwärts!**

Das EK. der KI. zu den Massenkämpfen in Polen.

An die Arbeiter aller Länder.

** Die großen Streikkämpfe, die sich in den letzten Wochen in allen Teilen Polens abspielten — der Streik der Bergarbeiter, der Textilarbeiter, der Eisenbahner, der Postbeamten, der Generalstreik in Oberschlesien, in Galizien und Warschau, endlich die blutigen Kämpfe in Krakau, Tarnow, Boryslaw —, lenken die Augen des internationalen Proletariats auf den polnischen Kampfabschnitt der proletarischen Front.

Diese Ereignisse bewesen, daß die Arbeiterklasse Polens aus der Passivität heraustritt, daß sie den Willen hat, der Offensive des Kapitals die Stirn zu bieten, daß es **dem Kapital nirgends gelingt, den Arbeiter in einen stummen und gehorsamen Sklaven zu verwandeln.** Die deutschen Arbeiter sehen daraus, daß sie in ihrem schweren Kampfe nicht vereinzelt stehen, daß ihre polnischen Brüder gleichzeitig in den Kampf gegen ihre eigene Reaktion treten und eine Intervention gegen die deutsche Revolution nicht zulassen werden.

Sicherlich ist es auf die Arbeiterkämpfe in Polen von Einfluß gewesen, daß die proletarische Revolution Deutschlands ihren Schatten vorauswarf. Wie aufrüttelnd, vorwärts peitschend muß es auf die Ausgebeuteten aller Länder wirken, wenn das deutsche Proletariat sich zum revolutionären Kampfe erhebt!

In den letzten Kämpfen der polnischen Arbeiterschaft kamen alle Probleme der polnischen Revolution auf einmal zum Vorschein. Die letzten Kämpfe zeichneten und beleuchteten dem polnischen Proletariat seinen Kampfweg in klarer Weise. Der wilde Terror der Regierung Dmowski-Korfanty, die Militarisierung der Eisenbahner, die Feldgerichte gegen Streikende zeigten, welcher Verbrechen die Bourgeoisie im Kampfe um ihre Profite fähig ist; sie zeigten den breitesten Massen des arbeitenden Volkes, daß sie diese Regierung der Junker und Kapitalisten stürzen müssen, wenn sie nicht Hungers sterben wollen; daß sie **um eine Regierung der Arbeiter und Bauern kämpfen müssen.**

Aber diese Losung hat aufgehört, bloße Theorie zu sein. Die Erfahrungen der letzten Wochen lehren, daß dieses Ziel erreichbar ist, und daß es bereits in diesem Kampf zu erreichen gewesen wäre. Die ganze Schwäche der Bourgeoisie, die großen Reserven der revolutionären Kräfte in Polen sind klar zutage getreten.

Oberschlesien, die Feste des polnischen Nationalismus und des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterschaft, trat gegen das verbrüderte deutsch-polnische Kapital in den Kampf. Und als die polnische Regierung den deutschen Kohlenbaronen mit Polizei und Dragonern zu Hilfe eilte, da marschierten die ehemaligen Aufständischen Korfantys unter rotem Banner und unter Führung durch die Kommunisten gegen die Soldaten der Regierung.

In Krakau trat der polnische und ukrainische Bauer im Soldatenrock zu den Arbeitern über und lieferte ihnen die Waffen aus, deren Anwendung von der Bourgeoisie gegen die Arbeiter bestimmt war.

Diesen Bund der Arbeiter und der Bauern, der in Krakau mit Blut besiegelt wurde, zu erweitern und zu befestigen — das ist die Hauptbedingung des Sieges der polnischen Revolution, die Hauptlehre aus den Krakauer Ereignissen, die Hauptaufgabe der polnischen Kommunisten. Die polnischen Bauern und die Bauern der unterdrückten nationalen Minderheiten werden unter der Führung der Arbeiter die Bourgeoisie niederwerfen.

Die Arbeiterklasse Polens muß aus den Krakauer Ereignissen lernen, wie man die Losung von der **Entwaffnung der Bourgeoisie und der Bewaffnung der Arbeiter in die Tat umsetzt. Diese Losung darf jetzt nicht mehr von der Tagesordnung des Arbeiterlebens verschwinden.** Krakau wird den Mut und die Siegeszuversicht der Arbeiterklasse stärken — der Bourgeoisie aber wird Krakau ein drohendes Memento sein!

An der Spitze aller Aufgaben der kämpfenden Arbeiterklasse steht nach wie vor die **große Aufgabe der Bildung einer einheitlichen Kampffront.** Um diese einheitliche Kampffront zu erreichen, haben sowohl die polnischen Kommunisten, wie die Kommunistische Internationale mehrmals erklärt und in der Praxis bewiesen, daß sie bereit sind, mit jedem zusammen zu marschieren, der gewillt ist, **gegen** die Bourgeoisie und **für** die Forderungen des Proletariats zu kämpfen. Und auch diesmal hat die Kommunistische Partei Polens von Anfang an alles versucht, um die Führer der Sozialistischen Partei Polens und die opportunistischen Führer der Gewerkschaften sofort in den gemeinsamen Kampf hineinzuziehen. Von Anfang an hat die KPP. die Arbeiter darauf hingewiesen, daß **nur ein gemeinsamer und vereinheitlichter Kampf** aller Industriezweige und Bezirke zum Siege über die Regierung führen kann und wird.

Die Kommunisten werden sowohl in Polen wie in allen anderen Ländern immer diejenigen sein, die das Proletariat für den Kampf einigen. Und darum, solange die opportunistischen Führer und zentristischen Gruppen noch ihren Einfluß auf bedeutende Teile der Arbeiterschaft ausüben und über ihre Teilnahme an Aktionen mitentscheiden, solange werden die Kommunisten sie — ungeachtet ihres Widerstandes und ihres wiederholten Verrats — zu dieser Teilnahme an gemeinsamen Aktionen durch den Druck der Massen zwingen.

Die Massen müssen aber aus ihren Erfahrungen lernen, sie müssen ihre Führer nicht nach den Worten, sondern nach den Taten beurteilen. Und worin bestehen diese Erfahrungen und diese Taten? Die Polnische Sozialistische Partei hat alles daran gesetzt, die einzelnen Kämpfe voneinander zu trennen und zu isolieren. Sie hat den oberschlesischen siegreichen Streik von Anfang an bekämpft. Sie unterstützte die Eisenbahner nicht und hintertrieb deren Unterstützung durch die gesamte Arbeiterklasse.

Erst nachdem die Regierung Feldgerichte gegen Streikende einsetzte, wurden die Führer der PPS. durch die Empörung der ganzen Arbeiterschaft gezwungen, die Generalstreikparole auszugeben, und nur unter Zwang, mit knirschenden Zähnen, schlossen sie sich der Bewegung an.

Erst als die große Kraftprobe begann, als die Massen endlich in geschlossenen Reihen gegen den verhaßten Feind in den Kampf traten, erst dann zeigte sich der ganze Abgrund des Verrats, der Niederträchtigkeit, der Verworfenheit derer, die sich als Vertreter der Arbeiterklasse hinstellen. Seit Monaten predigen sie den Krieg gegn die jetzige Regierung, und als in Krakau die Soldaten zum Volk übergingen, da eilten sie dieser Regierung zu Hilfe, und zwar aus der Angst heraus, daß die Regierung von der Straße und nicht durch parlamentarischen Schacher gestürzt werden könnte.

Seit 5 Jahren schmücken die Führer der PPS. ihr Zentralblatt mit der Losung: „Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung", und als der Moment kam, wo diese Regierung Wirklichkeit werden konnte, da verrieten sie die Arbeiter und Bauern und lieferten sie auf Gnade und Ungnade der Regierung der Kapitalisten und Junker aus.

Sie bliesen in Warschau zum Rückzug, als Krakau in den Aufstand trat. Sie verkauften ihre eigenen Brüder in Krakau aus Angst vor ihrem Siege. Sie lieferten die Arbeiter und Soldaten Krakaus der blutigen Rache des Kapitals aus. Wer es bis jetzt nicht erkannt hat, der muß es nun erkennen: Die Führer der Polnischen Sozialisten fürchten sich vor dem Sieg der Arbeiter, die fürchten sich vor der Revolution der Arbeiter und Bauern. Unter ihrer Führung kann die Arbeiterklasse nur Niederlagen erleiden. Unter ihrer Führung kann sie sich vom Joch der Kapitalisten, vom Hunger, von der Erniedrigung nicht retten.

Arbeiter! Zieht die Lehre aus den Ereignissen in Polen und in Deutschland. So wie die Aufstände des deutschen Proletariats von den Händen der Ebert und Sollmann abgewürgt wurden, so ist Krakau von den Händen der Moraczewski und Daszynski abgewürgt worden. Kein ehrlicher Arbeiter, der noch den sozialistischen Parteien angehört, darf solche Verbrechen dulden. Fort mit den Henkern und Judassen! Vereinigt euch unter dem Banner der Kommunistischen Internationale! Rüstet zu neuen Kämpfen! Lernt von den letzten großen Ereignissen! Sammelt die großen Massen um das Banner des Kommunismus!

Ehre den Gefallenen von Krakau! Hoch die polnische Revolution! Nieder mit den Verrätern! Hoch die Kommunistische Internationale!

November 1923.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Aus der Internationale

Die Wahrheit über die Norwegische Partei.

Antwort auf den Artikel des Genossen Hoeglund in der Zeitung „Folkets Dagblad Politiken" vom 4. November.

Von G. Sinowjew.

** Den ersten Konflikt mit der Norwegischen Arbeiterpartei hat die KI. schon 1920 gehabt. Einige Führer der Norwegischen Arbeiterpartei, unter ihnen auch Tranmael, wandten sich schon damals gegen die 21 Bedingungen, bestanden auf „Autonomie" und wiederholten eine Reihe von sozialdemokratischen Einwänden gegen die ganze Taktik der KI. Während der Verfasser dieser Zeilen in Halle war, fand mit ihm eine Beratung einer besonderen Delegation der NAP. statt. Tranmael schwieg bei dieser Beratung düster. Scheflo und Arvid Hansen traten energisch für die KI. ein. Der verstorbene Kyrre Grepp suchte ein Kompromiß, das Tranmael innerhalb der Partei lassen würde, bestand aber energisch auf der Anerkennung der internationalen Disziplin und der 21 Punkte der KI.

Von 1919 bis 1923 steht die Norwegische Frage immer wieder auf der Tagesordnung der Exekutive der KI. Wenn man der Exekutive der KI. irgend etwas vorwerfen kann, so keineswegs eine übermäßige Heftigkeit oder Eilfertigkeit bei der Lösung der norwegischen Frage, sondern eher das Umgekehrte. Sogar nachdem Tranmael und seine Gesellschaft im Jahre 1922 in ihrer Zentrale den offiziellen Beschluß des Bruches mit der KI. durchgedrückt hatten, fuhr die Exekutive der KI. fort, den Bruch hinauszuschieben und schickte den Genossen Radek nach Norwegen, um die Beziehungen zu regeln. Immer und immer haben wir Vorwürfe von den Vertretern einer Reihe von Sektionen einstecken müssen, weil wir allzulange die Gegner der KI., die an der Spitze der NAP. standen, geduldet haben.

Aber wodurch kann eine solche Vorsicht der Exekutive der KI. gerechtfertigt werden? Durch folgendes: Wir wußten, daß die NAP. keine kommunistische Partei ist, daß sie eher den skandinavischen Typus der Labour Party, d. h. einer Organisation, die auf gewerkschaftlicher Basis beruht, darstellt (der NAP. gehörten die Mitglieder nicht individuell an, sondern im Rahmen ganzer Gewerkschaften, so daß die Parteimitgliedschaft kollektivistisch war). Wir wußten, daß in dieser eigenartigen Labour Party eine starke **kommunistische Fraktion** enthalten ist, die planmäßig daran arbeitet, die NAP. in eine wirkliche kommunistische Partei zu verwandeln. Wir wußten ferner, daß die NAP. tatsächlich die Mehrheit der norwegischen Arbeiterklasse repräsentiert, daß diese Partei, trotz ihrer Schwächen, eine **Massen**partei ist. Daraus erklärt sich unsere Nachgiebigkeit.

Die Jahre 1921 und 1922 waren Entscheidungsjahre für eine ganze Reihe von Arbeiterparteien. Die internationale Arbeiterbewegung durchlebte noch nie dagewesene Schwierigkeiten. Die Niederlage der Arbeiterklasse in Italien, in Deutschland, die Offensive des Kapitals auf der ganzen Linie — all das führte dazu, daß die am wenigsten standfesten Verbündeten der KI. eine Entwicklung zur Zweiten Internationale hin durchzumachen begannen. Es genügt, das Beispiel Paul Levis und Frossards zu nennen. In diesen Uebergangsjahren erhoben auch die antikommunistischen Elemente der NAP. ihr Haupt, die ihre Kampagne gerade mit der Aufzählung der „Fehler" der KI. in der Angelegenheit Frossard & Co. begannen.

Soweit es sich um den führenden Kern der NAP. handelt, so bestand dieser mindestens aus 4 bis 5 Gruppen: Erstens die **kommunistische Fraktion,** geführt von den Genossen **Scheflo, Hansen** und **Furuboten.** Zweitens, eine gewöhnliche **sozialdemokratische Gruppe,** an deren Spitze Leute stehen wie **Lian.** Drittens eine **zentristische Gruppe,** deren Hauptvertreter der Professor **Bull** ist (das ist etwas ähnliches wie die deutschen rechten Unabhängigen, norwegische Kautskyaner). Viertens: die **halbsyndikalistische, halbreformistische Tranmael-Gruppe.** An deren Spitze steht ein Mann, der persönlich der

N. Lenin: Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus.

„Die Geschichte überhaupt, die Geschichte von Revolutionen im besonderen, ist immer inhaltsreicher, vielseitiger, lebensvoller, „schlauer", als dies die besten Parteien, die bewußtesten Avantgarden der vorgeschrittensten Klassen annehmen. Das ist auch verständlich. Denn die besten Avantgarden drücken das Bewußtsein, den Willen, die Leidenschaft, die Phantasie von Zehntausenden aus; die Revolution aber verwirklicht in den Augenblicken besonderen Aufschwunges und der Anspannung aller menschlichen Fähigkeiten das Bewußtsein, den Willen, die Leidenschaft, die Phantasie von mehreren zehn Millionen, die vom schärfsten Klassenkampf aufgepeitscht werden. Hieraus ergeben sich zwei wichtige, praktische Schlußfolgerungen: erstens, daß die revolutionäre Klasse zur Verwirklichung ihrer Aufgabe verstehen muß, alle Formen oder Seiten der sozialen Tätigkeit, ohne die geringste Ausnahme, zu beherrschen (wobei sie nach der Eroberung der politischen Macht, oft mit großem Risiko und ungeheurer Gefahr, das zu Ende führt, was sie vor dieser Eroberung nicht beendet hat); zweitens, daß die revolutionäre Klasse zur schnellsten und unerwartetsten Ablösung der einen Form durch die andere bereit sein muß."

Arbeiterbewegung ergeben ist, sich aber hoffnungslos in der Ideologie der amerikanischen „Industrial Workers of the World" verwickelt hat, ein Mann, für den die Grundlagen des Marxismus ein Buch mit sieben Siegeln waren, sind und offenbar bleiben werden. Fünftens: die **Gruppe „Mot Dag"**, die in gewissem Grade aus jungen „Akademikern" besteht, d. h. simpel gesprochen, aus einer Gruppe der bürgerlichen Intelligenz, die sich an die Arbeiterbewegung angeschmiert hat. Die Arbeiterpartei in einem solchen Lande wie Norwegen besitzt große Anziehungskraft für „demokratische" Akademiker, die Posten als Abgeordnete, Redakteure usw. suchen. In dieser Gruppe haben ausgesprochene Antisemiten und sogar direkt faschistische Elemente Zuflucht gefunden.

Im Fortgang des Kampfes haben sich die vier letztgenannten Gruppen allmählich gegen die erste vereinigt. Es ergab sich die Einheitsfront aller antikommunistischen Elemente gegen die kommunistische Fraktion und gegen die KI. Eine gewaltige Mehrheit der einfachen Arbeiter Norwegens ist mit ganzer Seele für die KI.; aber die Führung geriet in die Hände der Gegner der KI. Hieraus ergab sich der langwierige Konflikt zwischen KI. und Zentrale der NAP. Jahrelang wurde darüber korrespondiert, ob es zulässig ist, daß eine Partei, die zur KI. gehört, ihre Tageszeitung „Der Sozialdemokrat" nennt. Monatelang wurde die Frage erörtert, ob es zulässig ist, daß einer der Hauptredakteure des Zentralorgans der Norwegischen Partei ein bürgerlicher Journalist ist. Je größere Nachgiebigkeit die Exekutive der KI. zeigte, desto frecher wurden die antikommunistischen Elemente der Partei. Die Sache gedieh so weit, das Tranmael mit Unterstützung aller antikommunistischen Elemente der Partei die ältesten Parteiarbeiter der norwegischen Partei, die besten Arbeiter, auszuschließen begann, und zwar nur deshalb, weil sie eine ehrliche Durchführung der Pflichten der internationalen proletarischen Disziplin forderten. Alle Beschlüsse der Weltkongresse und der Erweiterten Exekutive-Sitzung, die unter aktiver Beteiligung der Vertreter der NAP. gefaßt wurden, sind von den Bull, Tranmael & Co. als Fetzen Papier angesehen worden. Das Mitglied der Gruppe „Mot Dag", **Haakon Mayer,** konnte in der norwegischen Presse rein antisemitische Sudeleien unbeanstandet abdrucken. Ein Subjekt mit verdächtiger Vergangenheit, das die Schule der gerissensten amerikanischen Geschäftemacher durchgemacht hat, **Falk**, die rechte Hand Tranmaels, konnte unbeanstadet die KPD. verleumden. Das Zentralorgan der Partei verwandelte sich in ein bösartiges antikommunistisches Blättchen. Lian und andere Sozaldemokraten, die in der Fraktion Tranmaels eine führende Rolle spielten, konnten entgegen ihren eigenen Verpflichtungen in den norwegischen Gewerkschaften offen Propaganda gegen die Rote Gewerkschafts-Internationale treiben. Weiter konnte man nicht gehen.

Bei solcher Sachlage stellte die Exekutive der KI. die Forderung auf, ein für allemal zu antworten, ob die NAP. die elementarste internationale Disziplin einhalten werde. Dieses „fürchterliche" Dokument der KI. wird vom Genossen **Hoeglund** als ein unzulässiges „Ultimatum" behandelt. Wir sind überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit der Sektionen der KI. und auch jeder klassenbewußte schwedische kommunistische Arbeiter sagen wird, daß die KI. diese Forderung eher zu spät, als zu früh aufgestellt hat. Ja, wir wollten die **ganze** norwegische Labour Party für die KI. erobern, aber wir haben uns während dreier oder vierer Jahre überzeugt, daß diese Labour Party ein allzu buntes Konglomerat ist, und daß unter ihren Führern einige Gruppen sind, die dem Kommunismus **unversöhnlich** und **feindlich** gegenüberstehen. Wir mußten den kommunistischen Teil dieser Labour Party unterstützen und, weil die Tranmaeliten alle Beschlüsse der KI. sabotierten und die Abspaltung von der internationalen Organisation des Proletariats vorbereiteten, den Kommunisten helfen, in Norwegen eine **wirkliche kommunistische Partei** zu bilden.

*

Man sollte annehmen, daß der Genosse **Hoeglund** alles das unschwer begreifen könnte, weil er ja die Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung nicht schlechter kennt als wir. Aber Genosse Hoeglund macht in den letzten Jahren eine eigenartige Entwicklung durch, die ihn ohne Zweifel sehr weit führen wird, wenn er nicht stehenbleiben und seine Fehler einsehen wird. Diese Entwicklung hat Hoeglund so weit geführt, daß er die **schlechtesten** Elemente der norwegischen Arbeiterbewegung zu unterstützen begonnen hat.

In seinem Artikel vom 4. November in „Folkets Dagblat Politiken" redet sich zwar der Genosse Hoeglund damit heraus, daß er sich mit den norwegischen Gegnern der KI. nicht ganz solidarisiere. Aber das ist nur ein Feigenblatt. In Wirklichkeit ist der ganze Artikel Hoeglunds vom 4. November ein bösartiger Ueberfall gegen die KI. und die Verteidigung der schlechtesten antikommunistischen Elemente, der norwegischen Gegner der KI. In diesem Artikel Hoeglunds findet sich keine einzige einigermaßen genaue Tatsache, dafür aber Andeutungen, faule Witze, sozialdemokratische Redensarten, soviel man will. Wir fragen den Genossen Hoeglund, ob es wahr oder unwahr ist, daß das Mitglied der Zentrale der seinem Herzen so teuren Norwegischen Partei **Lian** ein ganz gewöhnlicher Sozialdemokrat vom Schlage eines Legien oder Scheidemann ist? Wir fragen ihn weiter, ob es richtig ist, daß einer der bedeutendsten Führer derselben Partei, der Professor **Bull,** ein ganz ausgesprochener Zentrist ist? Ist es richtig oder nicht, daß **Haakon Meyer** ein Antisemit und **Falk** ein verdächtiges Subjekt ist und seiner Ideologie nach dem Faschismus nahesteht? Ist es wahr oder nicht, daß der Hauptführer der norwegischen Mehrheit, **Tranmael,** ein Gegner des Marxismus ist und die ganze Taktik der KI. energisch ablehnt? Der Genosse Hoeglund weiß genau, daß alles das richtig ist. Der Genosse Hoeglund fordert, die KI. soll den einzelnen Sektionen gegenüber nicht solche „primitiven" Mittel anwenden, sie soll nicht mit „Gewalt" dirigieren. Der Leser sieht, daß die Exekutive der KI. in der norwegischen Frage ein Höchstmaß an Nachgiebigkeit und Geduld bewiesen hat. Aber wenn wir es erlauben, daß Sozialdemokraten, Zentristen, Antisemiten und Faschisten zur KI. gehören, so müssen wir die Dritte Internationale zur Zweiten machen. Will das der Genosse Hoeglund?

Wir haben niemals die Aufgaben der KI. darin erblickt und erblicken sie auch jetzt nicht darin, daß wir möglichst viele Parteien und Gruppen aufnehmen sollen, ohne uns um ihre Qualität zu kümmern. Wir haben niemals beabsichtigt, die KI. in eine Arche Noäh zu verwandeln, wo man von „jeglichem Getier ein Paar" finden kann. Die ganze Geschichte der KI. ist voll von den Fällen, wo wir aus unsern Reihen diejenigen Sozialdemokraten und zentristischen Elemente entfernt haben, die durch Mißverständnis zu uns geraten sind. Und wir haben keinen Anlaß, das zu bereuen. Wir bauen eine **Kampf**-Internationale, eine Internationale der **Tat,** und nichts anderes.

„Ist es an der Zeit, im Augenblick der deutschen Ereignisse die Differenzen zu vergrößern?" fragt Hoeglund „naiv"? Aber Hoeglund weiß doch genau, daß die Initiative des außerordentlichen Parteitags und der Vorbereitung der Spaltung gerade von Tranmael ausging, der den Parteitag in Kristiania einberief, ohne sich mit der KI. auch nur in Verbindung zu setzen. Gerade die Tranmaeliten **desertieren** aus der internationalen Organisation des Proletariats in dem Augenblick, wo unsere deutsche Kampfabteilung sich zum Kampf auf Leben und Tod vorbereitet. . . . .

„Kämpft man so für die Einheitsfront?" „staunt" Hoeglund. Als ob er nie gehört hätte, daß gerade die Brantings und Scheidemänner die Einheitsfront als organisatorische Vereinigung mit der Sozialdemokratie behandeln. Die norwegischen Kommunisten waren und bleiben strenge Anhänger der Einheitsfront. Sie werden das **durch die Tat** beweisen.

Genosse Hoeglund erinnert in seinem Artikel an die „unglückliche antireligiöse Resolution", die von der Erweiterten Exekutive der KI. angenommen wurde. Hoeglund hätte besser getan, wenn er diesen Zwischenfall möglichst schnell vergessen hätte. Diese „unglückliche" Resolution wurde bekanntlich als Antwort auf den wirklich unglücklichen **Pfaffen**-Artikel des Genossen Hoeglund angenommen, der alle Kommunisten, die sich an die besseren Tage des Genossen Hoeglund erinnern, in Staunen gebracht hat.

Es ist äußerst drückend, zu sehen, wie ein uns lange bekannter Mensch kindisch zu werden beginnt. Nicht weniger drückend ist es, zu beobachten, wie ein lange bekannter Politiker beginnt, eine **Rückwärts**entwicklung durchzumachen. Eine solche Rückwärtsentwicklung macht in den letzten Jahren zu unserm größten Bedauern der Genosse Hoeglund durch. Er entwickelt sich vom Kommunismus zum Sozialdemokratismus zurück, von Lenin zu Branting.

Die norwegischen kommunistischen Arbeiter müssen sich klar Rechenschaft darüber abgeben, daß der Genosse Hoeglund durch seinen Artikel in „F. D. Politiken" und durch seinen jetzigen Angriff gegen die KI. und gegen die junge eben erst organisierte KPN. die norwegische Frage in eine **schwedische** verwandeln will. Mit andern Worten: der Genosse Hoeglund bereitet in Schweden das vor, was Tranmael, Bull, Falk, H. Meyer und Lian in Norwegen gemacht haben. Werden ihm die schwedischen kommunistischen Arbeiter das erlauben? Warten wir ab, wir werden sehen.

Doch vielleicht wird der Genosse Hoeglund in letzter Minute selbst einsehen, daß er schon zu weit gegangen ist. Vielleicht wird er sich auf den traurigen Weg besinnen, den Paul Levi gegangen ist. Oder steht die Sache schon ganz hoffnungslos?

Aus dem Lager der Gegner

Bolschewismus und Menschewismus.

Die Lehren der Revolution.

Von S. Semkowski.

S. Semkowski bekleidete während fast zweier Jahrzehnte führende Posten in der russischen menschewistischen Partei. Er gehörte, wie er selbst über sich schreibt, der „zentristischen" Richtung innerhalb der menschewistischen Partei an. Vor über zwei Jahren schied er, angewidert durch die ständige Rechtsschwenkung der Menschewiki, aus der Partei aus. Nach einem zweijährigen Schweigen veröffentlicht er nun im Ukrainischen Staatsverlag ein Buch, das unter dem Titel „Die Lehren der Revolution" in den nächsten Tagen erscheinen wird, und in dem er ein Bekenntnis zur Oktoberrevolution ablegt. Nachstehend bringen wir auszugsweise das Vorwort dieses Buches zum Abdruck. Nach Martinow, Roschkow und den georgischen Menschewiki ist nun die Stellungnahme Semkowskis ein neuer Beweis für den ideellen Zusammenbruch der menschewistischen Partei. Die Redaktion.

** Die Machtergreifung durch die Bolschewiki im Oktober 1917 war nur das Resultat des konsequent nacheinander erfolgten Bankrotts aller anderen Parteien in der Revolution. Den Beweis dieses Bankrotts liefert uns der ganze Verlauf der Ereignisse vom Sturze der Romanowschen Monarchie an, durch die erste Koalition (2. Mai—2. Juni), zweite Koalition (3. Juli—28. August), und die dritte Koalition hindurch, deren Lebensfaden durch den 25. Oktober (7. November) unmittelbar zerrissen wurde.

Plechanow stellte diesem tatsächlichen Verlauf der Ereignisse im Jahre 1917 eine ideelle „ansteigende Linie der Revolution" gegenüber. Wenn er die heutigen Tage erlebt hätte, würde er unserer Meinung nach den Mut finden, anzuerkennen, daß die Linie der historischen Bewegung vom Februar bis Oktober gerade **die** „aufsteigende Linie" war.

Die historische Gesetzmäßigkeit des bolschewistischen Sieges im Oktober 1917 kann niemand mehr in Abrede stellen. Wer könnte heute noch die einstigen Illusionen ernst nehmen, die den Untergang des „bolschewistischen Abenteuers" in einigen Wochen prophezeiten. Selbst Miljukow muß in seiner Geschichte der zweiten russischen Revolution die „Schwäche der oberen sozialen Schichten" feststellen, „die so leicht von der Stelle gewichen und vom Volksstrom zur Seite geworfen worden sind".

Aber wir müssen noch weiter gehen. Wenn wir unter Demokratie nicht die Demokratie des Generals Denikin verstehen, der sich selbst einen „liberalen Demokraten" nannte, sondern die Herrschaft der Interessen der unteren Volksschichten, dann müssen wir anerkennen, daß selbst das Auseinanderjagen der konstituierenden Nationalversammlung das Werk einer echten Demokratie war, derselben Demokratie, die sich auch in der französischen Revolution nicht allzuviel um die gesetzlichen Vorschriften kümmerte, die stürmisch in den Sitzungssaal des Konvents eindrang, diesem ihren Willen gewaltsam aufzwang und selbst vor der Enthauptung seiner Mitglieder nicht zurückschreckte.

Es können kaum noch Zweifel darüber bestehen, daß ohne den Oktober-„Umsturz" der Bolschewiki die russische Revolution schon längst auf dem Boden liegen würde. Das Kornilow-Abenteuer, der ganze Inhalt und alle Taten des „Direktoriums" lassen keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß das Kerenski-Regime in seinem Wesen gegen sein Ende zu nichts anderes geworden war, als der Wegbereiter der Gegenrevolution. Es war ja kein Zufall, daß jene Kräfte, auf die sich Kerenski gegen den Oktober-„Umsturz" stützen konnte — oder richtiger, sich zu stützen versuchen konnte —, gerade jene Kräfte waren, die auch später die Kerntruppe unserer Gegenrevolution bildeten.

Ohne Zweifel ließen sich die Menschewiki — ja, sogar die SR. — bei ihrer Politik in der Revolution objektiv nicht von der Bestrebung leiten, der Gegenrevolution in die Hand zu spielen, sondern nur von der Bestrebung, der Revolution „in realistischer Weise" einen „schmerzlosen" Entwicklungsgang zu sichern. Aber dieser „Realismus" hat sich nebst anderen Dingen als reinste Illusionspolitik erwiesen. **Eine schmerzlose Revolution ist ein unmögliches Ding.** Der Menschewismus zeichnete sich gegenüber der Revolution eine großartige Taktik vor, **„wie sie sein sollte".** Der Bolschewismus brachte die russische Revolution zum Ausdruck, **wie sie ist.** Schon der alte Kant hat auf den Unterschied zwischen hundert möglichen und hundert wirklichen Talern hingewiesen.

Der alte Fraktionsstreit über die bewegenden Kräfte der Revolution und über die „zweierlei Taktik" — die Orientierung auf den bürgerlichen Liberalismus oder auf das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft gegen die Bourgeoisie — wurde durch die Geschichte zugunsten des Bolschewismus entschieden.

Seinen Oktobersieg hat der Bolschewismus gerade als die Partei der sich in einem revolutionären Bündnis mit der Bauernschaft befindenden Arbeiterklasse errungen.

Es vergingen sechs Jahre. Die russische Revolution hat nicht nur im Kampfe gegen hundert Feinde standgehalten, sondern entwickelte sich zu einer mächtigen revolutionären Weltmacht, **zur einzigen realen Stütze der proletarischen Revolution auf dem internationalen Kampfplatz,** wo immer sie zum Siege kommen würde.

Aber bis zu diesem Siege bleiben die inneren Widersprüche, die die Geschichte auch der russischen Revolution nicht erspart hat, vorhanden, und noch öfter werden sich ungeheure Schwierigkeiten ergeben, die nicht weniger Fehler und Abirrungen zur Folge haben werden.

Was aber folgt hieraus? Daß die Fehler, die Abirrungen beseitigt werden müssen — das ist eine elementare Forderung und kann zu keiner Aenderung der prinzipiellen Linie der Revolution Anlaß geben. Eine solche, dem Bolschewismus gegenüberstehende Linie könnte heute nur auf **einer** Grundlage bestehen: auf der Forderung, den politischen Ueberbau (die revolutionäre Macht) mit der wirtschaftlichen Grundlage (dem durch die neue Wirtschaftspolitik neu entfalteten Kapitalismus) in Einklang zu bringen, d. h. auf der Forderung, daß die Bolschewiki auf die Macht verzichten sollen. Solch ein „marxistisches" Rezept würde wirklich alle revolutionären Widersprüche beseitigen, da es die Revolution selbst beseitigen würde!

Hätten die Bolschewiki im Oktober auf die Machtübernahme **verzichten können?** Die Revolution hätte sich dann bis in die Wurzel aufgelöst.

Können die Bolschewiki jetzt auf die Macht verzichten? Eine wüste Frage! Das würde **politisch** nach einigen kurzen Etappen die Restauration der Romanow-Monarchie, in **sozialer** Hinsicht eine noch nie dagewesene Unterdrückung der Arbeitermassen und in **internationaler** Beziehung im besten Falle die Umwandlung Rußlands in ein großes Ungarn oder Polen bedeuten, das in englischen oder französischen Diensten die rasendsten Gendarmenfunktionen gegen die Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa versehen würde.

In dem verwickelten Spiel der imperialistischen Kräfte würde das bäuerliche Rußland ohne die Bolschewistenmacht besonders für die deutsche Revolution die größte Gefahr bedeuten.

Die Weltbedeutung der russischen Revolution besteht, kurz gesagt, in weit größerem Maße als dem der Pariser Kommune darin, daß sie den für die proletarische Revolution unvermeidlichen Mechanismus des Bürgerkrieges klar an den Tag brachte. Es handelt sich hier nicht um diese oder jene Details der „russischen Praxis" — es wäre lächerlich, diese als unabänderliche Normen zu betrachten —, sondern um die durch unsere Revolution offenbarte **Grundtatsache,** daß in der neuen Epoche, die formell seit dem Weltkriege datiert werden kann, in der Epoche des unmittelbaren Machtkampfes des Proletariats, **nicht die „Demokratie" und die „Koalition" sondern der Bürgerkrieg und die Diktatur den unvermeidlichen Weg zum Sozialismus darstellen.**

Die Richtigkeit des Standpunktes des „Weltbolschewismus" wurde in der letzten Zeit mit höchster Anschaulichkeit durch zwei Tatsachen bewiesen: Erstens durch den Faschismus und zweitens durch den ganzen Entwicklungsgang der deutschen Revolution, deren einzelne Etappen die Zickzacklinien unserer Revolution zwischen Februar und Oktober 1917 in Erinnerung rufen.

Der deutschen Sozialdemokratie war es möglich, den Versuch des girondistischen Blocks der Menschewiki und SR. bis zur reifen Form auszuführen. Und was hat sich herausgestellt? Es hat sich herausgestellt, daß in dem nie wieder-

kehrenden historischen Augenblick, wo die deutsche Bourgeoisie entwaffnet und das Proletariat bewaffnet war, die Sozialdemokratie durch ihre großen und kleinen Noskes das Proletariat entwaffnet und die Bourgeoisie bewaffnet hatte. Das verhalf der Bourgeoisie dazu, jene Reichswehr zu schaffen, deren Soldateska vor unseren Augen mit dem Segen Eberts und der sozialdemokratischen Kollegen Stresemanns zur Zertrümmerung der sächsischen Arbeiter-Regierung und zur Erwürgung der deutschen Revolution in Sachsen einmarschierte.

Und die linke Sozialdemokratie?

Der Schicksalsfehler des internationalistischen Flügels der russischen Menschewiki, der sich im entscheidenden Augenblick im Oktober nicht entschließen konnte, die traditionellen Bande zu zerreißen und sich ohne Schwankungen dem Vortrupp der Revolution anzuschließen, wurde im internationalen Maßstabe wiederholt, und zwar mit denselben kläglichen Resultaten.

Die deutschen „Unabhängigen", die sich schon einmal nach der Kommunistischen Internationale orientierten, lösten sich in der offiziellen Sozialdemokratischen Partei, und die Wiener Internationale löste sich in der Zweiten Internationale auf, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß im Falle eines neuen Weltkrieges die nationalen Sektionen dieser Internationale sich ebenso wieder ihrem eigenen vaterländischen Imperialismus zur Verfügung stellen werden, wie im Jahre 1914.

Schon damit allein haben die linken Sozialdemokraten ihr eigenes Todesurteil unterschrieben. Es wird doch nicht möglich sein, nach allen Lehren der Revolution die Politik der Schwankungen fortzusetzen; es wird doch nicht möglich sein, nach der letzten bitteren Erfahrung in Deutschland wieder zu versuchen, die eigenhändig, feierlich begrabene Partei der „Unabhängigen" und die 2½-Internationale wieder auferstehen zu lassen.

Was bleibt aber dann übrig?

Es bleibt eines übrig: Unumwunden anzuerkennen, daß es dort **keinen Raum für einen „Zentrismus" gibt,** wo die Alternative vorhanden ist: **entweder demokratischer Reformsozialismus,** der das Proletariat vom Machtkampf und daher vom Sozialismus zurückhält — **oder revolutionärer Marxismus,** der unter den sich tausendfach verschärfenden Widersprüchen der neuen Epoche an der Zusammenfassung der Massen unter der Fahne der sozialen Revolution, unter der Fahne der Diktatur des Proletariats arbeitet.

Weisser Schrecken

Die japanische Blutherrschaft in Korea.

Am 26. Oktober d. J. tagte in Berlin eine Großversammlung der Koreaner in Deutschland, die die von der japanischen Regierung in Korea verübten Grausamkeiten behandelte. Das in der Versammlung besprochene Thema ist zu einer Erklärung zusammengefaßt worden, die wir nachfolgend wiedergeben. Die Redaktion.

** Die Geschichte Koreas, dessen Bevölkerung mit den brutalsten und grausamsten Mitteln von den Japanern unterdrückt und dezimiert wird, läßt sich um 4256 Jahre zurück verfolgen. Noch niemals war dieses Volk unter der Herrschaft fremder Eroberer. Als gegen das 13. Jahrhundert das Groß-Mongolenreich (Dschengis-Chan) sich über den größten Teil Asiens bis nach Osteuropa erstreckte, haben die mongolischen Soldaten jahrzehntelang vergeblich gekämpft, um Korea zu erobern. Erst gegen das Ende der letzten Dynastie wurde die sich selbstgenügende koreanische Regierung so schwach, daß es dem modernen japanischen Imperialismus gelang, in das Land einzudringen.

Seit dem zweiten Jahrhundert hat Japan dauernd Angriffe auf Korea ausgeführt. Insbesondere in den Jahren 1592—1598 gaben sich japanische Eroberungszüge die größte Mühe, das Land in ihre Gewalt zu bekommen; letzten Endes wurden aber die japanischen Soldaten und die japanische Marine von den Koreanern besiegt. Korea ist für den Fernen Osten das, was die Balkanhalbinsel für das Mittelländische Meer ist. Seit 30 Jahren ist die Koreafrage der Brennpunkt der politischen Auseinandersetzungen der Mächte im Fernen Osten.

Bei dem chinesisch-japanischen Kriege 1894 und bei dem russisch-japanischen Krieg 1903 hat Japan gesiegt. Die Japaner zwangen, durch diese Siege gestärkt, den Koreanern, gestützt auf ihre Militärgewalt, Verträge auf, die es ihnen ermöglichten, die vollkommene Annexion am 29. August 1910 durchzuführen. Durch diese Annexion wurden 218 650 qkm Land mit 20 Millionen Menschen der brutalen Militärherrschaft der japanischen Generale ausgeliefert.

Unter der japanischen Herrschaft fielen unzählige von Koreanern im Kampf um ihre Freiheit und Selbständigkeit. Im März 1910 erhob sich das gesamte koreanische Volk zu einer unbewaffneten Demonstration für Freiheit und Selbständigkeit. Diese Demonstration gab den japanischen Gewaltmenschen Veranlassung, einen noch blutigeren Unterdrückungsfeldzug zu unternehmen. Männer und Frauen, Kinder und Greise wurden erschossen, erschlagen, verbrannt und in den Gefängnissen barbarisch mißhandelt. Von den mehr als zwei Millionen betragenden Demonstranten in Korea wurden 7509 getötet, 15 961 verwundet, 46 948 ins Gefängnis geworfen. 47 Kirchen, 2 Schulen und 715 Häuser wurden abgebrannt. In der Mandschurei, wo unter den koreanischen Auswanderern die Selbständigkeitsbewegung besonders stark ist, wurden nach vorläufigen Feststellungen 3000 Menschen getötet, etwa 2500 Häuser, 31 Schulen, 7 Kirchen und ungeheure Mengen von Feldfrüchten verbrannt. Die Japaner haben für die Mißhandlung koreanischer politischer „Verbrecher" ein besonderes System erfunden, das sie seit der Annexion bis heute anwenden und das in seiner Brutalität das der europäischen Inquisitoren des Mittelalters übertrifft. Bekannte intellektuelle Gefangene, deren Tötung zu viel Unruhe hervorrufen würde, verblödet man nach und nach durch starke elektrische Ströme, die man in das Nervensystem einführt. Eintreibung von Bambusnägeln in die Geschlechtsteile von Frauen und Männern, Abziehen der Haut und Ausreißen der Augen u. a. sind an der Tagesordnung.

In den Märztagen 1919 wurde in Söul eine provisorische koreanische Regierung gebildet, die später ihren Sitz unter dem Druck Japans nach Schanghai verlegen mußte. Diese provisorische Regierung besteht fort und leitet alle Bewegungen, die der Selbständigkeit Koreas dienen.

Die japanische Regierung versteht es, ihre unmenschliche Handlungsweise vor der Oeffentlichkeit zu verbergen. Sie erklärt sogar, daß es dem koreanischen Volke unter der japanischen Herrschaft viel besser gehe als früher, und daß sich die gesamte Kultur Koreas hebe. Daß diese Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen, bestätigt ein Artikel, den ein Berliner Kunsthändler, Dr. Otto Burchardt, über seine Erlebnisse beim letzten japanischen Erdbeben in der „Vossischen Zeitung" Nr. 477 vom 9. Oktober 1923 veröffentlichte. Er zeigt uns die wahre Behandlung der koreanischen Bevölkerung durch die japanischen Machthaber. Dr. Burchardt schreibt unter der Ueberschrift:

„Massaker unter den Koreanern"

folgendes:

„Die japanische Regierung schickte nach dem ersten Bekanntwerden des Unglücks Kriegsschiffe und Soldaten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und Plünderungen zu verhüten. In Yokohama war ein Gefängnis mit dreitausend Sträflingen geöffnet worden, die nun in die Ueberbleibsel der Stadt stürmten, um zu rauben und zu plündern. Unter den vielen Japanern mögen wohl auch einige koreanische Plünderer gewesen sein, jedenfalls war es aber das erste, was die Soldaten taten: sie gaben die Parole aus, die Koreaner hätten die Stadt angezündet, die Brunnen vergiftet, und sie seien jetzt die Plünderer. Die Folge war ein grausiges Massaker unter den Koreanern. Wo immer sie sich sehen ließen, wurden sie von der tierisch gewordenen Menge gelyncht. Die Soldaten wurden schließlich gezwungen, die Koreaner in „Schutzhaft" zu nehmen und zu den Militärstationen zu bringen. Wie diese Schutzhaft aussah, ist mir von deutschen Augenzeugen berichtet worden: Unter die schlafenden Koreaner wurde scharf geschossen. Sprang dann jemand auf, so war das für die Soldateska wieder nur das Signal, um aufs neue ein Blutbad anzurichten. Von den in Schutzhaft genommenen 15 000 Koreanern sind nicht viele mit dem Leben davongekommen. Selbst die Europäer wurden von den Truppen dauernd in Angst gehalten, daß die Koreaner alle ermorden würden, trotzdem nicht das geringste davon zu ersehen war. Man nutzte einfach die Gelegenheit aus, um sie auszurotten."

Das schlechte Gewissen der japanischen Regierung kommt in folgendem Satze des Artikelschreibers zum Ausdruck:

„Die japanische Regierung aber verbot den gesamten Kabel- und drahtlosen Verkehr, aus Angst vor politischen Schwierigkeiten und Aufständen in Korea."

Wir Koreaner aber tragen in Herz und Hirn den Gedanken der Freiheit und Selbständigkeit unseres Landes, für

die wir alles zu geben bereit sind. Wir appellieren an alle Völker, die für Recht und Menschlichkeit einzutreten bereit sind, uns beizustehen in unserem schweren Kampf!

Groß-Versammlung der Koreaner in Deutschland.

Berlin, 26. Oktober 1923.

Wer ein Interesse über die Beziehungen zwischen Korea und Japan hat, wende sich an folgende Adresse:

K. L. Li, Berlin W. 50, Augsburger Straße 23, bei Barischoff.

Tel.: Steinplatz 10 735.

I. A.: Ihtsing Kao. C. Y. Kim. Li Kolu.

Deutschlandhilfe

Vergeßt die Witwen und Waisen der proletarischen Kämpfer Deutschlands nicht!

Von Ehrenfried Wagner (Moskau).

** Die Kämpfe in Deutschland sind in ein akutes Stadium getreten. In fast allen Städten ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Arbeiterschaft mit der Polizei, den Faschisten oder Reichswehren gekommen. In zahlreichen sächsischen Städten und Dörfern, nicht zuletzt in Hamburg, hat die Arbeiterschaft in einem schweren Kampf gestanden. Es hat viele Tote und Verwundete und Hunderte von Gefangenen gegeben. Die Gefängnisse füllen sich. Ein wahrer Rachefeldzug gegen die Kommunistische Partei hat eingesetzt. Die Funktionäre der Partei und der proletarischen Hundertschaften wandern ins Gefängnis. Nur langsam und schwer kommt die deutsche Revolution in Fluß, denn das deutsche Proletariat steht einer sehr gut organisierten Bourgeoisie gegenüber. Dazu kommt, daß die Leitungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftszentralen ihre raffinierte Taktik der Arbeiterverwirrung noch immer fortsetzen und sich die linken Sozialisten als feig, unzuverlässig und verräterisch erwiesen haben. Ganz besonders diese subjektiven Faktoren wirken hemmend auf eine schnelle Entwicklung der Kämpfe in Deutschland. Diese Verschleppung der Entscheidung bedingt auch einen größeren Kräfteverlust des Proletariats. Das deutsche Proletariat kann die Festung der Bourgeoisie nicht in einem Sturm überrumpeln, es muß sich durch Dutzende von Drahtverhauen unter ständigem Trommelfeuer der feindlichen Artillerie durchkämpfen. Zu Hunderten fallen die Opfer, ohne daß immer eine wesentliche Position erkämpft worden wäre. Nur langsam schieben sich die proletarischen Armeen vorwärts, jeder Zoll erkämpften Bodens muß mit Toten, Verwundeten und Gefangenen bezahlt werden. Deshalb ist heute, wo die eigentlichen Kämpfe kaum erst begonnen haben, die Zahl der Opfer in Deutschland schon beträchtlich, und sie wird wachsen, je intensiver die beiden Fronten des Bürgerkrieges aufeinander stoßen.

Mit Recht hat deshalb die „Internationale Rote Hilfe" in allen Ländern, die nicht im unmittelbaren Klassenkampf stehen und Blutopfer zu bringen haben, eine große Hilfsaktion eingeleitet. Heute schon sind große Mittel notwendig, um die Gefangenen und die Hinterbliebenen der Kämpfer zu unterstützen. Ohne Rote Hilfe sind die politischen Gefangenen und die Witwen und Waisen der deutschen Revolutionssoldaten dem Winter mit seinen Schrecken, der Hungersnot, dem höchsten Elend, preisgegeben. Dieser dringende Hilferuf der IRH. ergeht an alle Arbeiter und Bauern der Welt. In vielen Ländern haben die Arbeiter und Bauern für diese Hilfe schon mobil gemacht. Aber die Aktion hat noch lange nicht so stark und wirksam eingesetzt, daß der IRH. dadurch ihre schwere Aufgabe wesentlich erleichtert wäre. Es darf nicht vergessen werden, daß kein Tag in Deutschland vergeht, wo nicht die Zahl der Opfer, die unterstützt werden müssen, wächst. Dazu kommt, daß die IRH. jetzt dazu übergeht, allen Familien der Gefangenen und getöteten Revolutionskämpfer wenigstens **ein warmes Mittagessen** und **ein Stück Brot** zu geben. Leider reichen die der IRH. zur Verfügung stehenden Mittel noch nicht so weit, um alle Gefangenen und Hinterbliebenen mit Geld, Nahrung und warmer Kleidung zu unterstützen. Daß man den bedauernswertesten Opfern des Kampfes wenigstens einmal täglich eine warme Suppe gibt — das muß erreicht werden. Groß ist die Hungersnot des gesamten deutschen Proletariats, sie ist teilweise größer als die Not des russischen Volkes in den schlimmsten Hungerjahren; aber am allermeisten leiden doch die Frauen und Kinder der Genossen, die im Kerker schmachten, oder die Frauen und Kinder der Revolutionssoldaten, die auf den Barrikaden starben. Und ist es zuviel verlangt, wenn man diesen braven Genossen die Möglichkeit geben will, einmal am Tag etwas Warmes zu essen? Dem gesamten Proletariat der Welt muß die Sorge für die Hinterbliebenen der Tapfersten unter den deutschen Genossen an seinem revolutionären Herzen liegen. Mag der Hilferuf der IRH. in der ganzen Welt ein deutliches Echo finden! Arbeiter und Bauern überall, denkt nicht zuletzt an die Witwen und Waisen der deutschen proletarischen Kämpfer!

Buchbesprechung

Henri Guilbeaux: „Lenin".*)

Von F. Brupbacher.

** Henri Guilbeaux, der die Ehre hatte, von den Söhnen Wilhelm Tells und Arnold Winkelrieds wegen revolutionärer Umtriebe aus der Schweiz ausgewiesen zu werden und die noch größere Ehre hatte, von den Nachkommen derer, die die große französische Revolution machten und Louis XVI. köpften, wegen Hochverrat an der imperialistischen Finanz vom Tode verurteilt zu werden, lebt glücklicherweise und hat soeben ein Buch über den größten Revolutionär aller Zeiten, über **Wladimir Iljitsch Lenin**, geschrieben. Das Buch umfaßt 174 Seiten, enthält eine Anzahl guter Bilder Lenins und ein Photo des Hauses, das Lenin in Zürich bewohnte. Es erzählt uns in seinem ersten Teil das Leben Lenins: daß er 1870 in Simbrisk geboren wurde, daß sein Vater Leiter der Volksschulen war; daß Lenin Jurisprudenz studierte, natürlich früh in die sozialistische Bewegung hineinkam, durch seinen Bruder Alexander, der nach dem Attentat auf Alexander II. hingerichtet wurde, die Bekanntschaft mit dem Kapitän von Marx machte und von da an für die Arbeiterbewegung lebte. Das Charakteristische an Lenin ist, daß für ihn nicht nur der Arbeiter im Zentrum seiner politischen Ideen stand, sondern daß er von Anfang an die Alltagssorgen, Alltagsforderungen und Alltagsreaktionsweisen des Arbeiters zum Spezialstudium und Ausgangspunkt seiner Gedanken machte. Während andere im Papier lebten, verband er Kenntnis der marxistischen Theorie mit der minutiösesten Erforschung der Seele des Arbeiters. Er kannte den Arbeiter im Alltag und organisierte ihn zum Kampf für Ziele, die ihm lagen, um ihn über diesen Kampf um nahe Ziele zum Kampf für die fernsten zu bringen. Daß die Professoren Lenin von der Universität verjagten, als er nicht nur das alte Recht auswendig lernte, sondern mit dem Volk zusammen das neue Recht ausarbeitete und forderte, ist selbstverständlich. Gelegentlich eines Streiks der Textilarbeiter wurde Lenin nach Sibirien verbannt. Dort durchdachte, diskutierte, verarbeitete Lenin seine bisherigen Erfahrungen, formten sich in ihm die neuen Kampfmethoden gegen Zarentum und Kapitalismus. Nicht nur gegen sie war zu kämpfen. In einem feudalen Land wie Rußland, wo die verschiedensten Klassen in Opposition zur Regierung standen, flossen Stimmungen, Ideologien und Theorien der verschiedenen oppositionellen Klassen ineinander über und bildeten einen ideologischen Brei, den es zu klären galt, aus dem es galt, die Theorie und Praxis der revolutionären Arbeiterklasse herauszuarbeiten. In klarster Weise schildert Guilbeaux Lenins Anteil, Lenins Führung an dem Klärungsprozeß. Er schildert Lenins Kampf gegen Struwe, dem die Arbeiterschaft nur ein Mittel zur bürgerlichen Revolution war, gegen die Nur-Oekonomisten, die vergaßen, daß es einen Staat gab, gegen die Sozialisten-Revolutionäre, die Revolutionäre zu sein glaubten und eigentlich nur gewisse Schichten des Bauerntums vertraten und dann gegen die Menschewiki, die Theorien liebten, die nicht zu Aktionen führten. In ein paar Strichen setzt uns Guilbeaux das ganze Gewirr der Fragen und Diskussionen innerhalb der russischen Partei bis zur Revolution von 1905 auseinander; er läßt uns mit Lenin zusammen die theoretischen Kämpfe erleben, die wir zurückgebliebene Westler noch nicht bis zu Ende durcherlebt haben, in denen wir noch mitten drin stehen. Dann schildert er uns die Zeit von 1905 bis 1917. Die Revolution von 1905 und Lenins Anteil, seine Begeisterung für den bewaffneten Aufstand der Arbeiter in Moskau. Seine Uebersiedlung nach Finnland 1907 und dann weiter nach dem Ausland. Wir erfahren, daß Lenin damals ein dickes Buch über „Materialismus und Empiriokritizismus" die Zeit noch zu schreiben fand, sehen, wie er auf allen Gebieten zur Klarheit drängte, überall

*) Henri Guilbeaux: „Lenin." Schmiede-Verlag, Berlin W. Augsburger Str. 52.

mystische Unklarheit bekämpfte. Im Jahre 1912 finden wir ihn in Krakau, um dort eine Basis für die politische Tätigkeit der Partei in nächster Nähe der russischen Grenze zu schaffen. Dann kam 1914, Schweiz, Zimmerwald, Kienthal.

Es ist der Zeitpunkt, wo Guilbeaux Lenin persönlich kennenlernte, wo er aus dem Schatz seiner persönlichen Eindrücke zu schöpfen beginnt. Dieses Kapitel wird aufs lebendigste ergänzt durch ein späteres Kapitel über persönliche Erlebnisse und Erinnerungen, das uns zeigt, wie es sogar unter den näheren Bekannten und jetzigen Bolschewiki so manchen gab, der Lenin absolut nicht richtig einzuschätzen wußte, ihn als einen ewigen Nörgler und Sektierer anschaute, der zu allem berufen sei, nur nicht dazu, auf die breiten Massen zu wirken. Es folgt die Rückkehr nach Rußland, im plombierten Wagen und eine knappe aber ausgezeichnete Darstellung der wichtigsten Momente der großen russischen Revolution. In einem reizenden Kapitelchen, betitelt „Charakterbild Wladimir Iljitsch's", taucht Lenin persönlich vor uns auf, der Mensch mit dem weiten Blick und dem fröhlichen Lachen. Der Mensch, der die Menschen kennt wie seine Hosentasche, der abgekürzte und doch große Mensch, der im Grunde von einer außerordentlichen Einfachheit des geistigen Baues ist, dem es das Liebste ist, mit kleinen Kindern und kleinen Katzen zu spielen. Der kleine untersetzte Faun mit der breiten Stirn, dessen Nase witternd hervorragt, dessen Augen blinzeln und unaufhörlich auf den Hut sind.

Der Durchschnittsintellektuelle, der infolge seiner zwiespältigen Lage als Gefütterter und Befohlener der Besitzenden eine zwiespältige Seele hat, dem nicht eine klare Wahrheit winkt, hält sein Durcheinander für raffinierte Kompliziertheit, und seine Unentschlossenheit für ein Uebermaß an Intelligenz. Er zweifelt an allem, nur nicht daran, daß er den Millionären dienen müsse. Das tut er denn auch als Journalist, Pfaff, Moralist, Philosoph und Professor niederer und höherer Ordnung. Da die Sauce der geistigen Salate, den diese Prostituierten der Millionäre anrichten, durch alle Kanäle der Bildung jauchig in die Hirne des Volkes sich hineinergießen, erregen sie in nicht gewöhnlichem Maß den Zorn von Lenin, und sogar mitten in den schwersten Zeiten und Nöten der neuen Sowjetrepublik fand Lenin die Zeit, gegen diese Gesellschaft sich zu wenden in einer Schrift „Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie", die er 1920 publizierte.

Lenin ist der durch die innere Wahrhaftigkeit vereinfachte Mensch, der, weil er weiß, was er will, alle falschen Probleme, die der verlogene Mensch auftauchen sieht, ausschaltet. Er ist der konsequenteste Materialist, den man sich überhaupt vorstellen kann.

In den Kapiteln „Ein Leitgedanke, ein Werk, eine Tat" zeigt uns Guilbeaux Lenins klaren, entschiedenen Verstand in Funktion. Er referiert uns in kurzem Abriß Lenins Geistesäußerungen. Seine Gedanken über Staat und Revolution, über den revolutionären Marxismus und über jene große Lüge, die man Demokratie nennt; über die nationale Frage und das allgemeine Stimmrecht, die bürgerliche Demokratie und die proletarische Diktatur; über die Sowjets und die Politik des proletarischen Staates.

Wir sehen Lenin als Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, als Haupt der sowjetistischen Regierung, dem Staat die Verfassung gebend, die Gegenrevolution bekämpfend, die neue ökonomische Wirtschaft aufbauend. Wir sehen an seinem Beispiel, was der einzelne vermag, wie ungeheuer viel der einzelne vermag, wenn Klarheit, Wahrheit und tiefste Erkenntnis des Möglichen in ihm vereint sind. Wir sehen ihn die neuen zeitgemäßen Parolen für die Einzelindividuen ausgebend, geformt nach den Bedürfnissen der Gesamtheit in jedem Zeitpunkt. Er präzisiert nach Fähigkeit des einzelnen und Bedürfnis des ökonomisch-politischen Moments die Aufgaben für jeden einzelnen Kommunisten. Er denkt an den einzelnen und macht in praktischer Weltpolitik.

Es ist etwas Ungeheuerliches in diesem Lenin. Aber bei aller Ungeheuerlichkeit ist er, weil er in seinen Grundlinien so klar und durchsichtig ist, der Musterrevolutionär, nach dem wir uns zu formen haben. Er ist das Heldenideal, der Moses, Hiob, Christus, Siegfried und wie sie alle hießen in der Vergangenheit — das Heldenideal für uns und die nächste Zukunft!

Darum ist Guilbeaux' Leninbuch das Weihnachtsbuch, das der Kommunist seinen Jungen schenkt. In ihm ist Denkform und Ziel unserer Generation präzisiert. An uns ist es, sie zu realisieren.

An unsere Leser!

Da uns auch die wöchentliche Festsetzung der Bezugspreise für die Internationale Presse-Korrespondenz in Papiermark vor der ständig fortschreitenden Geldentwertung nicht schützt, sind wir gezwungen, die Bezugsgebühren von dieser Woche ab in **Goldpfennigen** zu berechnen.

Die wöchentlichen **Bezugsgebühren**
für die einmal in der Woche erscheinende Ausgabe betragen

15 Goldpfennige,

für die dreimal in der Woche erscheinende Ausgabe

20 Goldpfennige.

Als Umrechnungskurs gilt der amtliche Kurs der Goldmark **am Tage der Einzahlung.**

Auf die vielen Anfragen aus dem **Auslande** teilen wir unseren ausländischen Lesern mit, daß die Bezugsgebühren für das Ausland **nicht nach den deutschen Sätzen** zu berechnen sind. Sie betragen für

Oesterreich	8000 österr. Kronen
Saargebiet	2,50 Franken
Danzig	2 Gulden
Tschechoslowakei	8 tschechische Kronen
Frankreich	4 Franken
Holland	1 Gulden
Schweiz	2 Franken
Norwegen, Schweden, Dänemark	2 Kronen
Polen	75000 polnische Mark

pro Exemplar und Monat!

Geschäftsleitung der Inprekorr

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 36-38.